

# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Michael Berlemann und Gerit Vogt*  
Konsequenzen der Entscheidung über die Ziel-1-Fördergebiete für den Freistaat Sachsen
- *Wolfgang Nierhaus*  
Perspektiven 2007/2008 für Deutschland: Aufschwung pausiert
- *Mandy Kriese und Anna Sophie Müller*  
Bekommen die ostdeutschen Frauen wirklich weniger Nachwuchs?
- *Thilo Sarrazin*  
Zur Reform der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern

## Im Blickpunkt

- *Thomas Liepke und Marcel Thum*  
Abwanderung und familiäre Pflege

14. Jahrgang (2007)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 6/2007

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### **„Timing ist alles“: Konsequenzen der Entscheidung über die Ziel-1-Fördergebiete der Europäischen Kohäsions- und Strukturpolitik vom Dezember 2005 für den Freistaat Sachsen** 3

*Michael Berlemann und Gerit Vogt*

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, welche Konsequenzen ein anderes Timing der Entscheidung über die Ziel-1-Fördergebiete im Rahmen der Kohäsions- und Strukturpolitik der Europäischen Union für die sächsischen Regierungsbezirke gehabt hätte. Dabei wird aufgezeigt, dass der Entscheidungszeitpunkt im Dezember 2005 über die Förderperiode 2007 bis 2013 für den Freistaat Sachsen ausgesprochen günstig war.

### **Perspektiven 2007/2008 für Deutschland: Aufschwung pausiert** 12

*Wolfgang Nierhaus*

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem kräftigen Aufschwung. Allerdings dämpft die restriktive Finanzpolitik die Inlandsnachfrage, insbesondere den privaten Konsum erheblich. Hinzu kommen der erneute Anstieg des Ölpreises und die Aufwertung des Euro. Zudem bewirken die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten voraussichtlich einen weiteren Dämpfer für die Konjunktur. Trotz der konjunkturellen Abschwächung sind die Auftriebskräfte weiterhin intakt. Eine Reihe von Indikatoren sprechen dafür, dass die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen hat. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,6 % steigen.

### **Bekommen die ostdeutschen Frauen wirklich weniger Nachwuchs? Ein Ost-West-Vergleich** 17

*Mandy Kriese und Anna Sophie Müller*

In der Diskussion um Geburtenzahlen in Deutschland werden immer wieder die Unterschiede in der Kinderzahl der Frauen in Ost- und Westdeutschland betont. Basierend auf der zusammengefassten Geburtenziffer wird behauptet, dass ostdeutsche Frauen weniger Kinder gebären würden als Frauen in Westdeutschland. In diesem Beitrag werden Probleme diskutiert, die im Zusammenhang mit dieser Maßzahl auftreten können. Es wird eine alternative Berechnungsmethode vorgestellt, die ebenfalls die endgültige Kinderzahl der Frauen misst, den wahren Wert aber genauer wiedergibt. Außerdem wird untersucht, wie groß der Anteil der Frauen ist, die keine Kinder bekommen. Zu allen Ergebnissen wird ein Ost-West-Vergleich durchgeführt.

### **Einfach, transparent und nachvollziehbar: Zur Reform der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern** 23

*Thilo Sarrazin*

Die Finanzverteilung im Bundesstaat Deutschland ist in ihrer heutigen Ausgestaltung und Funktionsweise schon aufgrund ihrer hohen Komplexität weder transparent noch nachvollziehbar. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass sich dieses ändert. Sie dürfen von ihrem Staat ein konsistentes Steuer- und Abgabensystem erwarten, eine aufgabenadäquate Finanzausstattung aller staatlichen Ebenen und ein funktionsfähiges politisches Entscheidungssystem. Der größte Vorteil des in diesem Beitrag vorgeschlagenen Modells ist, dass es extrem einfach ist: Es gibt klare Kompetenzen des Bundes und der Länder, Resultate können besser zugeordnet werden. Die Länder haben eine verlässliche Finanzordnung.

**Im Blickpunkt****Abwanderung und familiäre Pflege****30***Thomas Liepke und Marcel Thum*

Nach Angaben des Generations and Gender Surveys wünschen sich mehr als 80 % der über 50-Jährigen in den neuen Ländern bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit eine Betreuung durch die eigenen Kinder. Dies ist keineswegs reines Wunschdenken, denn tatsächlich spielen die eigenen Kinder bei der Betreuung der Eltern im Alter eine wichtige Rolle. Werden wir uns auch in Zukunft in diesem Umfang auf familiäre Leistungen verlassen können? Zumindest in den neuen Bundesländern ist dies zweifelhaft. Infolge der Abwanderung sind die räumlichen Distanzen zwischen Eltern und Kindern größer geworden, was die innerfamiliäre Betreuung erschweren dürfte. Der Beitrag versucht anhand des Generations and Gender Survey abzuschätzen, wie sich die Entfernungen zwischen den Eltern- und Kindergenerationen in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickeln werden.

**Daten und Prognosen****Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich****33****Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest****35****Aus der ifo Werkstatt****ifo Veranstaltungen****39****ifo Vorträge****40****ifo intern****40**

# „Timing ist alles“: Konsequenzen der Entscheidung über die Ziel-1-Fördergebiete der Europäischen Kohäsions- und Strukturpolitik vom Dezember 2005 für den Freistaat Sachsen

Michael Berlemann und Gerit Vogt\*

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, welche Konsequenzen ein anderes Timing der Entscheidung über die Ziel-1-Fördergebiete im Rahmen der Kohäsions- und Strukturpolitik der Europäischen Union für die sächsischen Regierungsbezirke gehabt hätte. Dabei wird aufgezeigt, dass der Entscheidungszeitpunkt im Dezember 2005 über die Förderperiode 2007 bis 2013 für den Freistaat Sachsen ausgesprochen günstig war.

## Konvergenz als wirtschaftspolitisches Ziel

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands als ein wirtschaftspolitisches Ziel von Verfassungsrang festgeschrieben. Nach Artikel 72 Abs. 2 Grundgesetz kann der Bund ein Gesetzgebungsrecht beanspruchen, um die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ herzustellen. Ein wichtiges Instrument hierzu, der Länderfinanzausgleich, ist ebenfalls im Grundgesetz (Artikel 107) verankert. Auch auf europäischer Ebene wird eine Angleichung der Lebensverhältnisse als erstrebenswertes Ziel angesehen. Mit Hilfe der Kohäsions- und Strukturpolitik ist die Europäische Union (EU) bemüht, eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.

Das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse kann dabei unterschiedlich operationalisiert werden. Zumeist wird unter einer Angleichung der Lebensverhältnisse eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen verstanden [BARRO und SALA-I-MARTIN (1998), S. 30 ff.]. Andere Interpretationen zielen auf eine Angleichung wirtschaftlicher Strukturen [ANDERTON, BARREL und IN'T VELD (1992)] oder der Lebenszufriedenheit [BERLEMANN und KEMMESIES (2004)] ab. Folgt man der gängigen Interpretation und setzt eine Angleichung der Lebensverhältnisse der Konvergenz von Pro-Kopf-Einkommen gleich, so muss dennoch zwischen unterschiedlichen Konzepten der Konvergenz differenziert werden. Von unbedingter Beta-Konvergenz wird gesprochen, wenn sich die Pro-Kopf-Einkommen in unterschiedlichen Regionen angleichen. Dies erfordert zwangsläufig, dass Regionen mit niedrigeren

Pro-Kopf-Einkommen schneller wachsen als solche mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. Hingegen liegt bedingte Beta-Konvergenz vor, wenn eine Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen bei Regionen mit vergleichbaren sozio-ökonomischen Bedingungen vorliegt [LOHRMANN (1999)]. Von Sigma-Konvergenz wird gesprochen, wenn sich die Verteilung der Pro-Kopf-Einkommen zwischen verschiedenen Regionen angleicht [vgl. hierzu LESSMANN (2005)].

Auf europäischer Ebene wird unter Angleichung der Lebensbedingungen vorrangig eine unbedingte Beta-Konvergenz verstanden. Es soll also eine absolute Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen in den europäischen Regionen erreicht werden. In dieser Zielstellung kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass sich eine so verstandene Konvergenz nicht automatisch einstellt, wie es die neoklassische Wachstumstheorie voraussagt. Wie die neue Wachstumstheorie und die neue Ökonomische Geographie gezeigt haben, können sich einmal vorhandene, regionale Entwicklungsunterschiede durchaus manifestieren oder gar verstärken. Gerade dies möchte die EU mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen, konkret der sogenannten Kohäsions- und Strukturpolitik, verhindern.

## Europäische Kohäsions- und Strukturpolitik

Die Kohäsions- und Strukturpolitik, die in Artikel 158 des EWG-Vertrages verankert ist, wurde 1975 initiiert. Zu diesem Zeitpunkt bestand die EU aus nur neun Mitgliedsländern. Im Zuge der Erweiterungen wurde die Kohäsions- und Strukturpolitik auf die Beitrittsländer ausgedehnt und hat sich im Laufe der Zeit zu einem der zentralen Politikbereiche der EU entwickelt. Etwa ein Drittel der Haushaltsmittel der EU fließt heute in verschiedene Struktur- und Kohäsionsfonds, aus denen ärmere Länder und Regionen der EU Hilfen erhalten. Dabei fließt der Großteil dieser Mittel in die Regionen mit dem größten

\* Prof. Dr. Michael Berlemann ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Bis zu seiner Berufung im Juli 2007 war er als Managing Director in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung tätig. Gerit Vogt arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden.

Entwicklungsrückstand. Als regionale Gliederungsebene wird dabei die sogenannte NUTS-II-Gliederung verwendet, die für die Bundesrepublik Deutschland dem Regierungsbezirk entspricht. Um in den Genuss der maximal möglichen, der sogenannten „Ziel-1-Förderung“, zu gelangen, darf eine Förderregion nicht mehr als 75 % des um die regionale Kaufkraft bereinigten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts der EU erreichen. Um kurzfristige Effekte auszuschließen, wird die 75 %-Grenze nicht auf ein einziges Jahr, sondern auf den Durchschnitt der drei letzten Jahre, für die Daten verfügbar sind, angewendet.

Um eine gewisse Planungssicherheit zu gewährleisten und die Transaktionskosten zu minimieren, werden die Fördergebiete nicht jährlich neu bestimmt, sondern für eine längere Förderperiode festgelegt. Bis Ende 2006 war Ostdeutschland in seiner Gesamtheit Ziel-1-Fördergebiet im Rahmen der EU-Strukturförderung. Dies schloss auch die drei sächsischen Regierungsbezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig ein.

### Reformbedarf für die Förderperiode 2007–2013

Für die neue Förderperiode 2007–2013 stand die EU vor der Herausforderung, die zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU in die Kohäsions- und Strukturpolitik integrieren zu müssen. Zu diesem Zweck wurde zunächst beschlossen, die kohäsionspolitischen Maßnahmen gemäß der Ziele von Lissabon und Göteborg auf drei „Gemeinschaftsprioritäten“ zu konzentrieren:

- Konvergenz: Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den rückständigsten Mitgliedsstaaten und Regionen,
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Vorwegnahme und Förderung des Wandels,
- Europäische territoriale Zusammenarbeit: Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung der Union.

Hierbei sieht die Kommission einen neuen Zuschnitt von Fördergebietskulissen der transnationalen Zusammenarbeit vor.

Besonders kontrovers wurde die Neuordnung der regionalen Schwerpunkte der Strukturförderung diskutiert. Durch die Aufnahme der zehn neuen Mitglieder nehmen die regionalen Entwicklungsunterschiede zunächst noch einmal deutlich zu. Zwar leben in den zehn neuen Mitgliedstaaten immerhin ca. 16 % der Gesamtbevölkerung der EU; gleichzeitig tragen diese Länder aber in ihrer Gesamtheit derzeit nur 5 % zum Bruttoinlandsprodukt der EU bei. Bei Beibehaltung der 75 %-Grenze drohte gleich einer ganzen Reihe ostdeutscher Förderregionen das

Ausscheiden aus der höchsten Förderstufe. Die betroffenen Regionen und so auch die drei sächsischen Regierungsbezirke argumentierten, dass dies nicht auf eine im Hinblick auf die vormaligen EU-Mitgliedsstaaten befriedigende Konvergenz dieser Regionen, sondern vielmehr auf den statistischen Effekt durch den Beitritt zusätzlicher armer Regionen zurückzuführen und somit ungerechtfertigt sei. Tatsächlich lagen nahezu alle hinzukommenden Regionen unter der 75 %-Grenze (mit Ausnahme der Regionen Prag, Bratislava und Zypern).

Die Stärke des beitriffsbedingten statistischen Effekts lässt sich anhand eines Vergleichs der Situation der sächsischen Regierungsbezirke innerhalb der EU15 und der EU25 ablesen. Als die Entscheidungen für die Förderperiode 2007–2013 Mitte des Jahres 2005 anstanden, lagen den Entscheidungsträgern Regionaldaten auf NUTS-II-Ebene bis einschließlich für das Jahr 2002 vor. Im Jahr 2002 wies der Freistaat Sachsen nach heutigem Berechnungsstand insgesamt ein kaufkraftbereinigtes Pro-Kopf-Einkommen von 71,25 % der EU15 auf. Innerhalb der EU25 lag das Pro-Kopf-Einkommen Sachsens dagegen mit 77,88 % deutlich höher. Eine ähnliche Situation ergab sich auch in anderen Förderregionen.

### Die Regelungen für die Förderperiode 2007–2013

Vor diesem Hintergrund entzündete sich eine lange und sehr kontrovers geführte Diskussion um die absolute Höhe der einzusetzenden Fördermittel und die Neu festlegung der Fördergebiete. Erst auf dem Gipfel vom 15./16.12.2005 konnte sich der EUROPÄISCHE RAT über die Mittelausstattung und die Fördergebiete einigen. Hinsichtlich der Fördergebiete wurde beschlossen, dass als Referenzzeitraum die Jahre 2000 bis 2002 dienen sollten. Konkret wurden die von EUROSTAT in einer Pressemitteilung vom 7. April 2005 [vgl. EUROSTAT (2005)] veröffentlichten vorläufigen Berechnungen für die Jahre 2000 bis 2002 als Grundlage für die Einteilung der Fördergebiete verwendet. Nach diesen Zahlen erreicht der Regierungsbezirk Chemnitz 69,63 % des EU25-Durchschnitts und blieb damit genauso Ziel-1-Förderregion wie der Regierungsbezirk Dresden, der mit 74,95 % sehr knapp unter der 75 %-Grenze lag. Der Regierungsbezirk Leipzig schied mit 77,12 % aus der Ziel-1-Förderung genauso aus, wie die vormaligen deutschen Ziel-1-Fördergebiete Halle, Brandenburg-Südwest und Lüneburg. Für diese Regionen wurde ein Phasing-Out-Plan verabschiedet, nachdem die Ziel-1-Förderung zunächst nur etwas zurückgefahren wird, um dann in der nächsten Förderperiode aber endgültig auszulaufen. Die Folgen des statistischen Effekts sollten für die betroffenen Regionen so abgemildert werden.

Nachdem das EUROPÄISCHE PARLAMENT dieser Einigung zunächst die Zustimmung verweigerte, wurde das im Dezember geschnürte Paket dann letztendlich im Mai 2006 doch akzeptiert, nachdem noch leichte Nachbesserungen bei der Mittelausstattung genehmigt wurden. Insgesamt stehen nun für die laufende Förderperiode ca. 308 Mrd. € zur Strukturförderung zur Verfügung, wovon ca. 25,5 Mrd. € auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen. An der Festlegung der Fördergebiete wurde hingegen festgehalten, obwohl zwischenzeitlich von EUROSTAT neue Berechnungen für den Zeitraum 2001–2003 vorgelegt wurden.

Vor dem Hintergrund der getroffenen Regelungen stellt sich die Frage, inwiefern die Entscheidung zugunsten des Bemessungszeitraums 2000–2002 für die Festlegung der Fördergebiete einen Einfluss auf die Chance der sächsischen Regierungsbezirke hatte, auch in der neuen Förderperiode Ziel-1-Fördergebiete zu bleiben.

### War die Auswahl des Bemessungszeitraums für die sächsischen Regierungsbezirke nachteilig?

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich der EUROPÄISCHE RAT im Dezember 2005 darauf einigte, als Bemessungszeitraum für die Festlegung der zukünftigen Fördergebiete die vorläufigen Berechnungen von April 2005 zu verwenden. Dies könnte sich in zweierlei Hinsicht auf die Chancen der sächsischen Regierungsbezirke, weiterhin Ziel-1-Fördergebiete zu bleiben, ausgewirkt haben. Zunächst einmal unterliegt die Berechnung der regionalen Bruttoinlandsprodukte auf NUTS-II-Ebene im Zeitablauf ebenso der Revision wie die auf höher aggregierter Ebene. Anfang 2006 standen bereits revidierte Zahlen für die Jahre 2000 bis 2002 zur Verfügung. Zudem wurden im Mai 2006 die Ergebnisse zu den ersten Berechnungen für die regionalen Bruttoinlandsprodukte des Jahres 2003 veröffentlicht, sodass als

Bemessungszeitraum auch die Jahre 2001 bis 2003 hätten gewählt werden können. Dies galt umso mehr, als dass der Beschluss über die endgültige Höhe der Fördermittel erst im Mai 2006 fiel. Insofern war das Festhalten an den im April 2005 veröffentlichten Zahlen in mehrererlei Hinsicht arbiträr.

Wenden wir uns zunächst der Frage zu, welche Folgen es für die sächsischen Regierungsbezirke gehabt hätte, wenn zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung bereits die heutigen Berechnungsstände der regionalen Bruttoinlandsprodukte für die Jahre 2000 bis 2002 bekannt gewesen wären. Wie in Tabelle 1 dargestellt, hätte dies zur Folge gehabt, dass neben dem Regierungsbezirk Leipzig auch der Regierungsbezirk Dresden aus der Ziel-1-Förderung heraus gefallen wäre. Keine Änderung hätte sich für den Regierungsbezirk Chemnitz ergeben.

Alternativ hätte auch die Möglichkeit bestanden, statt des Bemessungszeitraums 2000–2002 den Zeitraum von 2001–2003 zu verwenden. Wie die in Tabelle 2 zusammengestellten Daten zeigen, hätte diese Vorgehensweise auf Basis des heutigen Berechnungsstandes ebenfalls dazu geführt, dass die Regierungsbezirke Leipzig und Dresden aus den Ziel-1-Fördergebieten ausgeschieden wären und lediglich der Regierungsbezirk Chemnitz – wenn auch recht knapp – Ziel-1-Fördergebiet geblieben wäre.

Wie Tabelle 3 zeigt, wären nach heutigem Berechnungsstand alle drei sächsischen Regierungsbezirke aus der Höchstförderung ausgeschieden, wenn der Bemessungszeitraum 2002–2004 gewählt worden wäre. Diese Variante ist allerdings lediglich ein Gedankenspiel, lagen Zahlen für das Jahr 2004 doch erst 2007 vor, als die Förderperiode bereits begonnen hatte.

Zusammenfassend zeigen diese Überlegungen, dass sowohl die Wahl des Bemessungszeitraums 2000–2002 als auch der der Entscheidung zugrunde liegende Berechnungsstand vom 7. April 2005 für Sachsen ausgesprochen günstig waren.

**Tabelle 1: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2000–2002 nach heutigem Berechnungsstand**

EU25=100 %	2000	2001	2002	2000–2002
Freistaat Sachsen	75,80 %	76,11 %	77,88 %	76,62 %
Regierungsbezirk Chemnitz	72,38 %	72,07 %	73,47 %	72,65 %
Regierungsbezirk Dresden	76,77 %	78,00 %	80,69 %	78,53 %
Regierungsbezirk Leipzig	79,39 %	79,13 %	80,00 %	79,51 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Berechnungen.

**Tabelle 2: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2001–2003 nach heutigem Berechnungsstand**

EU25=100 %	2001	2002	2003	2001–2003
Freistaat Sachsen	76,11 %	77,88 %	82,62 %	78,91 %
Regierungsbezirk Chemnitz	72,07 %	73,47 %	77,61 %	74,42 %
Regierungsbezirk Dresden	78,00 %	80,69 %	86,08 %	81,64 %
Regierungsbezirk Leipzig	79,13 %	80,00 %	84,56 %	81,26 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Berechnungen.

**Tabelle 3: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2002–2004 nach heutigem Berechnungsstand**

EU25=100 %	2002	2003	2004	2002–2004
Freistaat Sachsen	77,88 %	82,62 %	82,40 %	81,00 %
Regierungsbezirk Chemnitz	73,47 %	77,61 %	77,74 %	76,30 %
Regierungsbezirk Dresden	80,69 %	86,08 %	86,74 %	84,54 %
Regierungsbezirk Leipzig	80,00 %	84,56 %	82,42 %	82,33 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Berechnungen.

### Hadte die Flutkatastrophe von August 2002 einen Einfluss auf die Förderentscheidung sächsischer Regierungsbezirke?

Anfang August 2002 lösten Regenfälle in den Alpen, im Erzgebirge und Riesengebirge schwere Überschwemmungen und verheerende Schlammlawinen in Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien und Italien aus. Die Ursache der langen und starken Niederschläge war eine seltene Wetterlage. Mitte August 2002 traten auch die Elbe und die Mulde sowie viele kleinere Nebenflüsse über die Ufer und setzten danach weite Landstriche in Deutschland unter Wasser.

Besonders stark wurde der Freistaat Sachsen getroffen. Die Gesamtschäden des Hochwassers vom August 2002 im Freistaat summierten sich nach Angaben der SÄCHSISCHEN STAATSKANZLEI auf ca. 6,6 Mrd. €. Die Schäden an der kommunalen Infrastruktur beliefen sich auf ca. 1,3 Mrd. €. Betroffen waren u. a. 602 km Straßen und 119 Brücken. Der Schaden an der staatlichen Infrastruktur wird auf 0,9 Mrd. € beziffert. Hier lag der Schwerpunkt im Bereich Gewässer- und Hochwasserschutz. Betroffen waren u. a. 35 Talsperren, 185 km Deiche und

630 km Ufer an Gewässern. Die übrigen Schäden entstanden im privatwirtschaftlichen Bereich.

In Anbetracht dieser substanziellen Schäden wurden von öffentlicher und privater Seite umfangreiche Mittel zur Flutfolgenbeseitigung zur Verfügung gestellt und aufgewendet. So wurden im Freistaat Sachsen insgesamt 4,7 Mrd. € aus dem Aufbauhilfefonds ausgeschüttet. Im Rahmen des Solidaritätsfonds der EU standen weitere 0,3 Mrd. € zur Finanzierung bereit. Hinzu kommen noch Versicherungsleistungen in Höhe von 0,6 Mrd. € und private Spenden von 0,3 Mrd. €. Mit Hilfe dieser Mittel konnten die Schäden zumindest teilweise behoben werden.

Weitgehend unklar ist bisher allerdings die Wirkung der Flutkatastrophe auf das deutsche und das sächsische Bruttoinlandsprodukt geblieben. Die einzige vorliegende Schätzung von BRAUTZSCH und LUDWIG (2002a) kommt zu dem Ergebnis, dass die bundesdeutsche Konjunktur durch die Flutkatastrophe im Jahr 2002 weitgehend unbeeinflusst geblieben ist, die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt hingegen Wachstumseinbußen von 0,9 bzw. 0,3 % hinnehmen mussten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Flutkatastrophe von August 2002 einen Einfluss auf das



Bruttoinlandsprodukt in den sächsischen Regierungsbezirken hatte und inwiefern dies die Chancen dieser Regionen beeinflusste, Ziel-1-Fördergebiete zu bleiben. Um diese Frage zu beantworten, wird im Folgenden auf die Ergebnisse einer Untersuchung von BERLEMANN und VOGT (2007)<sup>1</sup> zurückgegriffen. Hierzu wird zunächst kurz der Untersuchungsansatz methodisch beschrieben. Eine Bewertung der Ergebnisse vor dem Hintergrund der hier interessierenden Frage schließt sich an.

### Der methodische Ansatz zur Berechnung der Fluteffekte

In diesem Beitrag wird die Methode zur Abschätzung der Flutfolgen nur in ihren Grundzügen skizziert. Eine umfassendere Darstellung des methodischen Ansatzes und der mit diesem Ansatz gewonnenen Ergebnisse ist in BERLEMANN und VOGT (2007) dokumentiert.

Der Ausgangspunkt zur Berechnung der Fluteffekte ist die Erstellung einer Prognose, welche Aufschluss darüber geben soll, wie sich das sächsische Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2002 bis 2004 entwickelt hätte, wenn das Flutereignis nicht eingetreten wäre. In einem weiteren Schritt wird dann die prognostizierte Entwicklung der tatsächlichen Entwicklung gegenübergestellt. Auf diese Weise kann eine Abschätzung vorgenommen werden, ob und inwieweit die Wirtschaftsleistung Sachsens durch das Hochwasser beeinflusst worden ist.

Die Prognose stützt sich auf die entstehungsseitige Berechnung des Bruttoinlandsprodukts. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Rahmen der entstehungsseitigen Berechnung – wie in Tabelle 4 anhand der sächsischen Daten für das Jahr 2000 gezeigt – aus der Summe der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erbrachten Bruttowertschöpfung und dem Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen berechnet.<sup>2</sup> Die entsprechenden Daten werden vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) der Länder bereitgestellt. Der Arbeitskreis weist die Angaben zur Bruttowertschöpfung gegenwärtig in der in Tabelle 1 dargestellten Gliederungstiefe aus [vgl. ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2007a)]. Sie sind in jährlicher Frequenz für den Zeitraum von 1991 bis 2004 verfügbar. Unterjährige Berechnungen werden im Allgemeinen nicht veröffentlicht.<sup>3</sup> Momentan sind somit lediglich 14 Beobachtungspunkte vorhanden.<sup>4</sup> Die Schätzung eines ökonomischen Modells zur Prognose der ohne das Flutereignis erwirtschafteten Bruttowertschöpfung ist vor dem Hintergrund der geringen Anzahl von Datenpunkten als sehr problematisch anzusehen. Ferner ist anzumerken, dass aufgrund der starken Friktionen in Folge des Transformationsprozesses die ersten Jahre nach 1991 von starker Volatilität geprägt waren und sich

hierdurch die Zahl der zu Prognosezwecken verwendbaren Datenpunkte zusätzlich verringert.

Vergleichsweise besser ist die Datenlage in Hinblick auf den Umsatz in einzelnen Bereichen der sächsischen Wirtschaft. Für die in der Tabelle 4 hervorgehobenen Wirtschaftsbereiche (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern, Gastgewerbe) stehen monatliche bzw. vierteljährliche Zeitreihen zur Umsatzentwicklung zur Verfügung, die einen Einsatz ökonomischer Verfahren ermöglichen. Für eine Verwendung dieser Daten spricht zudem die Tatsache, dass von der amtlichen Statistik im Rahmen der für ein bestimmtes Jahr zuerst vorgenommenen Berechnungen („Fortschreibungen“) bevorzugt Umsatzmesszahlen als Indikatorvariablen für die Bruttowertschöpfung verwendet werden [vgl. ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2007b), S. 71–72].

Die Prognose des ohne das Flutereignis mutmaßlich erzielten Bruttoinlandsprodukts erfolgt vor dem Hintergrund der Datenverfügbarkeit in einem mehrstufigen Verfahren. Auf der ersten Stufe des Verfahrens werden für die genannten Bereiche ökonomische Modelle zur Prognose der Umsatzentwicklung erstellt. Anschließend werden aus den mit diesen Modellen generierten Umsatzprognosen Prognosen der Bruttowertschöpfung abgeleitet. Dies stützt sich auf die Relationen aus den in den Jahren 2002, 2003 und 2004 tatsächlich realisierten Bruttowertschöpfungs- und Umsatzdaten. Für die Wirtschaftsbereiche mit dem WZ 2003-Code A, B, E, I, J, K, L, M, N, O und P können in Ermangelung geeigneter Daten allerdings keine Umsatzprognosen generiert werden. Hier wird behelfsweise die Annahme getroffen, dass die Flutkatastrophe die Entwicklung der Bruttowertschöpfung nicht beeinflusst hat.

Die ökonomischen Modelle zur Prognose des ohne das Flutereignis erwirtschafteten Umsatzes folgen einer methodisch einheitlichen Vorgehensweise, die hier nicht näher beschrieben werden soll. Für eine ausführliche Darstellung der Prognosemodelle sei nochmals auf BERLEMANN und VOGT (2007) verwiesen. Im nächsten Abschnitt gehen wir gleich zu einer Präsentation der Ergebnisse über.

### Die gesamtwirtschaftlichen Fluteffekte

Für die vier Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, verarbeitendes Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Handel (einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) und Gastgewerbe wurde prognostiziert, welche Bruttowertschöpfung erwirtschaftet worden wäre, wenn es keine

**Tabelle 4: Entstehungsseitige Berechnung des Bruttoinlandsproduktes am Beispiel der Daten für den Freistaat Sachsen im Jahr 2000**

WZ2003 Code	Wirtschaftsbereich	BWS in Mill. €	Anteil an der gesamten BWS
A	Land- und Forstwirtschaft	953	1,4 %
B	Fischerei und Fischzucht	18	0,0 %
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	252	0,4 %
D	Verarbeitendes Gewerbe	11.141	16,4 %
E	Energie- und Wasserversorgung	1.799	2,6 %
F	Baugewerbe	6.460	9,5 %
G	Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	6.708	9,9 %
H	Gastgewerbe	1.125	1,7 %
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3.865	5,7 %
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	2.303	3,4 %
K	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstl.	14.137	20,8 %
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	5.524	8,1 %
M	Erziehung und Unterricht	4.832	7,1 %
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	5.103	7,5 %
O	Sonstige öffentliche und private Dienstleister	3.767	5,5 %
P	Häusliche Dienste	102	0,2 %
A bis P	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	68.097	100,0 %
–	+ (Gütersteuern – Gütersubventionen)	7.568	–
–	Bruttoinlandsprodukt	75.665	–

Anmerkung: Dargestellt sind Angaben zur Bruttowertschöpfung (BWS) und zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2007a).

Flutkatastrophe gegeben hätte. Die Ergebnisse der entsprechenden Prognosen sind in Tabelle 5 zusammengetragen. In dieser Tabelle werden die Wachstumsraten der prognostizierten Bruttowertschöpfung und des prognostizierten Bruttoinlandsproduktes den tatsächlich realisierten Wachstumsraten gegenübergestellt.

Das sächsische Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2002 um 4,2 % gestiegen. Ohne das Flutereignis wäre das Wirtschaftswachstum wahrscheinlich um 0,6 Prozentpunkte schwächer ausgefallen. Das Hochwasser hat der Prognose zufolge in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe (eBSE) und Handel (eRKG) zunächst zu einer günstigeren, in den Bereichen Baugewerbe und Gastgewerbe hingegen zu einer ungünstigeren Entwicklung geführt. Im Jahr 2003 dürften die mit dem Hochwasser verbundenen Effekte erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

Der gesamtwirtschaftliche Fluteffekt wird auf 1,8 Prozentpunkte geschätzt. Sowohl das Baugewerbe als auch im geringeren Umfang das verarbeitende Gewerbe (eBSE) und der Handel (eRKG) haben offenbar kräftige Impulse aus der Flutschädenbeseitigung erhalten. Im Gastgewerbe hat sich das Flutereignis der Prognose zufolge allerdings abermals dämpfend ausgewirkt.

Für das Jahr 2004 wird der gesamtwirtschaftliche Fluteffekt auf 0,5 Prozentpunkte geschätzt. Das Baugewerbe konnte allem Anschein nach nochmals von der flutbedingten Sonderkonjunktur profitieren. Ähnlich wie im verarbeitenden Gewerbe (eBSE) und Handel (eRKG) dürften sich jedoch auch hier die zusätzlichen Nachfrageimpulse deutlich abgeschwächt haben. Das Gastgewerbe hat im Jahr 2004 ein im Vergleich zur Prognose stärkeres Wachstum erfahren.

Tabelle 5: Die gesamtwirtschaftlichen Fluteffekte

Jahr	2002	2003	2004
<b>Tatsächliche Entwicklung</b>			
Verarbeitendes Gewerbe (eBSE)	5,4 %	4,5 %	8,4 %
Baugewerbe	-2,6 %	-0,7 %	-3,9 %
Handel (eRKG)	-1,6 %	0,4 %	2,3 %
Gastgewerbe	-0,5 %	-2,7 %	3,2 %
Bruttoinlandsprodukt	4,2 %	2,1 %	2,8 %
<b>Prognostizierte Entwicklung</b>			
Verarbeitendes Gewerbe (eBSE)	2,1 %	-0,4 %	6,7 %
Baugewerbe	-1,4 %	-11,3 %	-8,6 %
Handel (eRKG)	-3,3 %	-4,4 %	3,3 %
Gastgewerbe	2,5 %	-2,1 %	0,8 %
Bruttoinlandsprodukt	3,6 %	0,3 %	2,3 %
<b>Fluteffekte</b>			
Verarbeitendes Gewerbe (eBSE)	3,3	4,9	1,7
Baugewerbe	-1,2	10,6	4,7
Handel (eRKG)	1,7	4,8	-1,0
Gastgewerbe	-3,0	-0,6	2,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,8	0,5
Anmerkung: Dargestellt sind die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung beziehungsweise des Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr. Alle Angaben basieren auf Daten in jeweiligen Preisen. Die Zahlen für den Handel beziehen sich auf den Handel einschließlich der Bereiche Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (eRKG). Die Werte für das Verarbeitende Gewerbe beziehen sich auf das Verarbeitende Gewerbe einschließlich der Bereiche Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (eBSE). Die Fluteffekte wurden als Differenz zwischen den Wachstumsraten der tatsächlichen und der prognostizierten Entwicklung berechnet.			

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2007a), eigene Berechnungen und Prognosen.

### Der hypothetische Einfluss der Flutkatastrophe auf die Fördergebietsentscheidung

Abschließend soll nun überprüft werden, inwiefern die dargestellten Fluteffekte einen Einfluss auf die Fördergebietsentscheidung seitens der EU gehabt haben könnten. Hierzu ist es zunächst notwendig, die sachsenweiten Effekte auf die drei Regierungsbezirke herunter zu brechen. Da die regionale Verteilung der Effekte nicht bekannt ist, erscheint es sachgemäß, die Effekte nach den Anteilen an der tatsächlich realisierten Wirtschaftsleistung Sachsens zu verteilen.

In Tabelle 6 sind die um die hypothetischen Fluteffekte bereinigten Ergebnisse für den Bemessungszeitraum 2000–2002 und für den heutigen Berechnungsstand dargestellt.<sup>5</sup> Zwar nehmen die kaufkraftbereinigten Pro-

Kopf-Bruttoinlandsprodukte in den drei sächsischen Regierungsbezirken durch die Bereinigung ab; die Effekte sind aber zu gering, um die Fördergebietsentscheidung materiell zu beeinflussen. Die Regierungsbezirke Dresden und Leipzig hätten nach heutigem Berechnungsstand ihren Status als Ziel-1-Fördergebiete verloren. Auch dann, wenn die Fluteffekte aus dem damals vorliegenden Berechnungsstand von April 2005 herausgerechnet werden würden, würde dies nichts an den getroffenen Fördergebietsentscheidungen ändern. In diesem Fall wäre der Regierungsbezirk Leipzig ebenfalls aus der Ziel-1-Förderung heraus gefallen. Dies hätte selbst dann gegolten, wenn die gesamten Fluteffekte des Jahres 2002 im Regierungsbezirk Leipzig angefallen wären.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Bemessungszeitraum 2001–2003 (vgl. Tab. 7). Da nun zwei vermutlich

von der Flutkatastrophe beeinflusste Jahre in den Bemessungszeitraum eingehen, sind die Korrekturen zwar massiver. Sie ändern jedoch ebenfalls nichts daran, dass die Regierungsbezirke Dresden und Leipzig aus der Gruppe der Ziel-1-Fördergebiete heraus gefallen wären.

Wäre die Bemessungsperiode 2002–2004 für die Fördergebietsentscheidung zugrunde gelegt worden, so hätte die Flutkatastrophe von August 2002 allerdings tatsächlich einen Einfluss auf die Ergebnisse gehabt. Wie in Tabelle 8 gezeigt, wäre der Regierungsbezirk Chemnitz nach Bereinigung um die Fluteffekte weiterhin Ziel-1-Fördergebiet geblieben. Ohne eine solche Bereinigung wäre er hingegen aus diesem Kreis ausgeschieden. Da fraglich ist, ob eine solche Bereinigung bei Wahl der Be-

messungsperiode 2002–2004 auch tatsächlich durchsetzbar gewesen wäre, unterstreicht dies das Ergebnis, dass das letztendliche Timing der Fördergebietsentscheidung für den Freistaat Sachsen ausgesprochen günstig war.

### Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag hat aufgezeigt, dass das Timing der im Dezember 2005 erfolgten Festlegung der Gebiete, die in der laufenden Förderperiode 2007–2013 in den Genuss der Ziel-1-Förderung der Europäischen Kohäsions- und Strukturpolitik kommen, für den Freistaat

**Tabelle 6: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2000–2002 nach heutigem Berechnungsstand und Bereinigung um Fluteffekte**

EU25=100 %	2000	2001	2002	2000–2002
Freistaat Sachsen	75,80 %	76,11 %	77,49 %	76,49 %
Regierungsbezirk Chemnitz	72,38 %	72,07 %	73,10 %	72,53 %
Regierungsbezirk Dresden	76,77 %	78,00 %	80,28 %	78,39 %
Regierungsbezirk Leipzig	79,39 %	79,13 %	79,59 %	79,37 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Schätzungen und Berechnungen.

**Tabelle 7: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2001–2003 nach heutigem Berechnungsstand und Bereinigung um Fluteffekte**

EU25=100 %	2002	2003	2004	2002–2004
Freistaat Sachsen	76,11 %	77,49 %	80,71 %	78,13 %
Regierungsbezirk Chemnitz	72,07 %	73,10 %	75,82 %	73,69 %
Regierungsbezirk Dresden	78,00 %	80,28 %	84,09 %	80,83 %
Regierungsbezirk Leipzig	79,13 %	79,59 %	82,60 %	80,46 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Schätzungen und Berechnungen.

**Tabelle 8: Kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte bei Bemessungsraum 2002–2004 nach heutigem Berechnungsstand und Bereinigung um Fluteffekte**

EU25=100 %	2002	2003	2004	2002–2004
Freistaat Sachsen	77,49 %	80,71 %	80,09 %	79,44 %
Regierungsbezirk Chemnitz	73,10 %	75,82 %	75,56 %	74,84 %
Regierungsbezirk Dresden	80,28 %	84,09 %	84,30 %	82,92 %
Regierungsbezirk Leipzig	79,59 %	82,60 %	80,11 %	80,76 %

Quellen: Eurostat (2007), eigene Schätzungen und Berechnungen.

Sachsen ausgesprochen günstig war. Lediglich für den Regierungsbezirk Leipzig wäre ein späterer Bemessungszeitraum als 2000 bis 2002 die Verwendung eines aktuelleren Berechnungsstandes oder die Bereinigung um die Effekte der Flutkatastrophe von August 2002 unerheblich gewesen. Der Regierungsbezirk Leipzig wäre in jedem Fall aus der Ziel-1-Förderung heraus gefallen. Hingegen hätte der Regierungsbezirk Dresden in jeder anderen als der letztendlich realisierten Variante seinen Status als Ziel-1-Fördergebiet eingebüßt und wäre dann wahrscheinlich ebenso wie der Regierungsbezirk Leipzig Phasing-Out-Region geworden. Der Regierungsbezirk Chemnitz schließlich hätte seinen Status als Ziel-1-Fördergebiet nur dann verloren, wenn als Bemessungsperiode der Zeitraum 2002 bis 2004 gewählt worden wäre und keine Bereinigung um die hypothetischen Fluteffekte stattgefunden hätte.

## Literatur

- ANDERTON, R., BARREL, R. und J. W. IN'T VELD (1992): Macroeconomic Convergence in Europe, in: R. BARREL (Hrsg.), Economic Convergence and Monetary Union in Europe, London, S. 1–30.
- ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (Hrsg.) (2007a): Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991–2006, Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1, Berechnungsstand: August 2006/Februar 2007.
- ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2007b): Methodenbeschreibung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis\\_VGR/methoden.pdf](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/methoden.pdf), Stand: April 2007.
- BARRO, R. und X. SALA-I-MARTIN (1998): Wirtschaftswachstum, München.
- BERLEMANN, M. und G. KEMMESIES (2004): Zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit nach der deutschen Wiedervereinigung – Eine empirische Analyse in Sachsen, Ost- und Westdeutschland, ifo Dresden berichtet 11 (06), S. 3–10.
- BERLEMANN, M. und G. VOGT (2005): Der Einfluss der Flutkatastrophe vom August 2002 auf das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen, unveröffentlichte Studie im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei.
- BERLEMANN, M. und G. VOGT (2007): Kurzfristige Wachstumseffekte von Naturkatastrophen. Eine empirische Analyse der Flutkatastrophe vom August 2002 in Sachsen, ifo Working Paper No. 52.
- BRAUTZSCH, H.-U. und U. LUDWIG (2002a): Die Hochwasserkatastrophe und das Sozialprodukt in Deutschland, Wirtschaft im Wandel 12/2002, S. 353–356.
- BRAUTZSCH, H.-U. und U. LUDWIG (2002b): Vierteljährliche Entstehungsrechnung für Ostdeutschland: Sektorale Bruttowertschöpfung, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Diskussionspapier Nr. 164.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2005): Regionales BIP je Einwohner in der EU25. BIP je Einwohner im Jahr 2002 reicht von 32 % des EU25 Durchschnitts in Lubelskie bis 315 % in Inner London, Pressemitteilung 47/2005.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2007): Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Marktpreisen auf der Ebene NUTS II (Angaben in Kaufkraftparitäten je Einwohner), <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Download vom 20.10.2007).
- LESSMANN, C. (2005): Regionale Disparitäten in Deutschland und ausgesuchten OECD-Staaten im Vergleich, ifo Dresden berichtet 12 (03), S. 25–33.
- LOHRMANN, A.-M. (1999): Neuere Entwicklungen in der Konvergenzdiskussion – Die EU-Kohäsionspolitik aus theoretischer Perspektive, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 48, Nr. 3, S. 323–343.
- NIERHAUS, W. (2005): Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der amtlichen Statistik: Konsequenzen für die Konjunkturanalyse, ifo Schnelldienst 58 (05), S. 19–27.
- SPEICH, W.-D. (2006): Revision 2005 in den regionalen Gesamtrechnungen, Statistik in Sachsen 2/2006, S. 35–46.
- <sup>1</sup> Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse basieren auf den aktualisierten und überarbeiteten Berechnungen einer Studie, die im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei erstellt wurde [BERLEMANN und VOGT (2005)].
- <sup>2</sup> Nach der letzten großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Deutschlands gilt dies allerdings uneingeschränkt nur für die Berechnung mit Daten in jeweiligen Preisen. Wird die Berechnung mit preisbereinigten (verketteten) Absolutwerten durchgeführt, so addieren sich die Bruttowertschöpfung und der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen lediglich im Referenzjahr und im darauf folgenden Jahr zum Bruttoinlandsprodukt [vgl. NIERHAUS (2005), S. 22f. oder SPEICH (2006), S. 37].
- <sup>3</sup> Eine Ausnahme sind die vom Arbeitskreis VGR der Länder berechneten Werte zur ersten Jahreshälfte eines Jahres. Die Ergebnisse dieser Halbjahresschätzungen beruhen allerdings auf einem stark lückenhaften Informationsstand und werden im Gegensatz zu den vorläufigen Jahresdaten nicht revidiert. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, eine methodisch konsistente Zeitreihe mit Halbjahres- und Jahresdaten zu erstellen [vgl. ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2007b), S. 70f. sowie BRAUTZSCH und LUDWIG (2002b), S. 14].
- <sup>4</sup> Für die Aggregate Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (A+B), Produzierendes Gewerbe (C bis F), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (G bis J), Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (J+K) und öffentliche und private Dienstleister (L bis P) sowie die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe (D) und Baugewerbe (F) stehen 16 Datenpunkte zur Verfügung. Hier liegen bereits Angaben zu der in den Jahren 2005 und 2006 erzielten Bruttowertschöpfung vor.
- <sup>5</sup> Prinzipiell wäre zu berücksichtigen, dass infolge des flutbedingt höher ausgefallenen sächsischen Bruttoinlandsprodukts ceteris paribus auch das Bruttoinlandsprodukt der EU25 höher ausgefallen ist. Da die Effekte, welche von dem Flutereignis auf das Bruttoinlandsprodukt der EU25 ausgegangen sind, jedoch minimal gewesen sein dürften, wurden die nachfolgend präsentierten Berechnungen mit den tatsächlich realisierten (nicht flutbereinigten) EU25-Daten durchgeführt.

# Perspektiven 2007/2008 für Deutschland: Aufschwung pausiert<sup>1</sup>

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\*

## Weltwirtschaft verliert merklich an Schwung

Die Weltwirtschaft expandiert im Herbst 2007 immer noch kräftig, doch haben sich die konjunkturellen Risiken erhöht. Die durch die Immobilienkrise in den USA ausgelösten Probleme an den Finanzmärkten haben zu einer Neueinschätzung von Kreditrisiken geführt. Vielfach wird befürchtet, dies könnte die Finanzierungskosten für Unternehmen erhöhen und die realwirtschaftlichen Aktivitäten belasten. Optimistisch stimmt allerdings, dass die Dynamik der Weltkonjunktur seit geraumer Zeit hoch ist. In den Schwellenländern hat sich die ohnehin bereits sehr kräftige Expansion im Verlauf des Jahres 2007 sogar beschleunigt, vor allem im asiatischen Raum und hier insbesondere in China. Hingegen steigt die Produktion in den Industrieländern seit einiger Zeit nur noch in moderatem Tempo. In den USA hatte sich die Konjunktur bereits zur Jahresmitte 2006, ausgehend von einem Rückgang der Bautätigkeit, spürbar verlangsamt. Im Euroraum und in Japan, wo das reale Bruttoinlandsprodukt noch bis in das laufende Jahr hinein kräftig ausgeweitet worden war, schwächte sich die konjunkturelle Grundtendenz ab.

Ausgangspunkt der Turbulenzen an den Finanzmärkten war eine Zuspitzung der Immobilienkrise in den USA. Dadurch ist die Volatilität an den Finanzmärkten spürbar gestiegen. Es kam zu einer „Flucht in Sicherheiten“, die zu Kursgewinnen bei Staatstiteln und auch Anleihen erstklassiger Schuldner aus dem Unternehmenssektor führte. Für viele andere Vermögenstitel haben sich die Risikozuschläge erhöht, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Dies hat zusammen mit höheren Kosten der Liquiditätssicherung der Banken zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen der Unternehmen geführt.

Auf die akuten Funktionsstörungen am Interbankenmarkt haben die US-NOTENBANK und die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) zunächst reagiert, indem sie vorübergehend zusätzliche Liquidität bereitstellten. Im weiteren Verlauf verzichtete die EZB auf eine angekündigte Zinserhöhung, und die Federal Reserve senkte ihren Leitzins. Angesichts der Probleme am Immobilienmarkt wird die amerikanische Notenbank bis zum Frühjahr 2008 die Zinsen noch weiter senken. Die EZB wird die Leitzinsen

wohl zunächst konstant lassen und sie erst nach der Jahresmitte 2008 anheben.

Die Weltkonjunktur wird im Prognosezeitraum merklich an Schwung verlieren. Ursache hierfür sind weniger die aktuellen Probleme an den Finanzmärkten, von denen die Institute erwarten, dass sie in den kommenden Wochen und Monaten abklingen. Bedeutsamer ist, dass die Korrektur am Immobilienmarkt in den USA ausgeprägter ist als bislang prognostiziert. Im Euroraum kommt hinzu, dass die Aufwertung des Euro dämpfend wirkt und die Geldpolitik nicht mehr expansiv ausgerichtet ist. Auch in Großbritannien, ebenso wie in Japan, verlangsamt sich das Expansionstempo im kommenden Jahr, ohne dass von einem Abschwung gesprochen werden kann. Mit der schwächeren Konjunktur in den Industrieländern dürfte eine Verlangsamung des Produktionsanstiegs in den Schwellenländern einhergehen.

Der weltweite Produktionsanstieg wird sich im Jahr 2007 auf 2,9% belaufen und 2008 auf 2,7%. Davon sind rund 0,6 Prozentpunkte allein auf den Zuwachs in China zurückzuführen. Der Welthandel nimmt in diesem und im kommenden Jahr nur noch in moderatem Tempo mit Raten von 5,3 bzw. 5,8% zu.

Das wohl größte Risiko für die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft geht von der Immobilienkrise in den USA aus. Sie könnte sich deutlich länger hinziehen und damit die US-Konjunktur merklicher schwächen als in dieser Prognose unterstellt. Verstärkt werden könnten die Folgen rezessiver Tendenzen in den USA für den Euroraum dadurch, dass der Euro gegenüber dem Dollar aufwertet. Angesichts eines solchen Krisenszenarios sind derzeit andere Risiken in den Hintergrund getreten. Allerdings ist es nicht ausgemacht, dass die Weltwirtschaft einen Ölpreisschock auch in einer Phase geringerer wirtschaftlicher Dynamik gut verkraftet. Indes gibt es auch Aufwärtsrisiken. Sollte sich die Situation am US-Immobilienmarkt bald stabilisieren oder bliebe die Korrektur auf die Wohnungsbauinvestitionen beschränkt, könnte sich die Konjunktur in den USA rasch wieder beleben.

## Deutsche Wirtschaft: Kapazitätsauslastung ändert sich nur wenig

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem kräftigen Aufschwung. Allerdings wird die Konjunktur im laufenden Jahr durch mehrere Faktoren belastet.

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Die restriktive Finanzpolitik dämpft die Inlandsnachfrage, insbesondere den privaten Konsum, erheblich. Hinzu kommen der erneute Anstieg des Ölpreises und die Aufwertung des Euro. Zudem bewirken die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten voraussichtlich einen weiteren Dämpfer für die Konjunktur. All dies trifft die deutsche Wirtschaft jedoch nicht in einer labilen Situation. Vielmehr haben sich die Fundamentalbedingungen spürbar gebessert. Spannungen, die in früheren Zyklen einen Abschwung oder gar eine Rezession ausgelöst haben, zeichnen sich bislang nicht ab, weder von Seiten der Löhne, noch bei der Inflation. Daher ist eine ausgesprochen restriktive Geldpolitik unwahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund wird sich die Expansion im Prognosezeitraum zwar verlangsamen. Der Aufschwung geht aber nicht zu Ende, sondern legt nur eine Pause ein.

Im ersten Halbjahr 2007 hat sich die Konjunktur gegenüber der Vorperiode abgeschwächt. Ausschlaggebend war die Anhebung der Mehrwertsteuer. Sie dämpfte die Inlandsnachfrage, insbesondere die privaten Konsumausgaben, beträchtlich, zumal Anschaffungen in das Jahr 2006 vorgezogen worden waren. Erst im zweiten Quartal weiteten die Verbraucher ihre Käufe wieder leicht aus. Auch die Wohnungsbauinvestitionen sanken nach der Steueranhebung erheblich. Gleichzeitig wurden die Exporte kaum noch ausgeweitet, weil die Industrieproduktion im Ausland etwas schwächer wuchs. Alles in allem nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2007 mit einer laufenden Jahresrate von knapp  $2\frac{1}{2}\%$  zu. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich dabei bis zuletzt, wenn auch nicht mehr so rasch wie im Winterhalbjahr. Die registrierte Arbeitslosigkeit bildete sich seit dem Frühjahr langsamer zurück; dennoch war die saisonbereinigte Arbeitslosenquote zuletzt mit 8,8% um immerhin einen Prozentpunkt niedriger als am Ende des Vorjahres. Der Preisauftrieb hatte sich nach dem Schub durch die Mehrwertsteuererhöhung zunächst etwas beruhigt. In jüngster Zeit verteuerten sich jedoch insbesondere Energieprodukte und Nahrungsmittel deutlich, sodass die Inflationsrate im September 2,4% betrug.

Trotz der konjunkturellen Abschwächung sind die Auftriebskräfte weiterhin intakt. Eine Reihe von Indikatoren, wie die kräftig gestiegenen Käufe von Ausrüstungsgütern, die weiterhin zunehmende Nachfrage nach Industriegütern und der hohe Auftragsbestand sprechen dafür, dass die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen hat. Daran dürften auch die Finanzmarkturbulenzen vorerst nichts ändern. Kräftig expandiert im weiteren Verlauf dieses Jahres die Inlandsnachfrage, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen. Sie profitieren auch davon, dass Projekte im Hinblick auf die Verschlechterung der

Abschreibungsregeln zu Beginn des Jahres 2008 vorgezogen werden. Zudem wird der private Konsum voraussichtlich stärker aufwärts gerichtet sein, da sich die Arbeitsmarktlage weiterhin verbessert und die verfügbaren Einkommen spürbar zunehmen. Die Impulse aus dem Ausland dürften sich etwas verstärken, da sich die Inlandsnachfrage im übrigen Euroraum beschleunigt. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,6% steigen (vgl. Tab. 1).

Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in moderatem Tempo zunehmen. Vom Außenhandel ist ein geringerer Wachstumsbeitrag zu erwarten, da die Weltwirtschaft verlangsamt expandiert und die Aufwertung des Euro den Exportanstieg bremst. Die Inlandsnachfrage wird die wesentliche Stütze der Konjunktur sein. Insbesondere werden die privaten Konsumausgaben spürbar expandieren, da die verfügbaren Einkommen deutlich zunehmen und die Finanzpolitik nicht mehr dämpft. Dagegen verlieren die Unternehmensinvestitionen wohl an Schwung. Zum einen ist dies ein Reflex auf das Vorziehen der Käufe in das Jahr 2007, zum anderen verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen etwas. Neben den zurückliegenden Zinsanhebungen der EZB ist hierfür maßgeblich, dass die Märkte als Folge der jüngsten Turbulenzen künftig wohl eine höhere Risikoprämie verlangen. Beeinträchtigt werden die Finanzierungsbedingungen auch durch rascher steigende Arbeitskosten. Für das Jahr 2008 ist mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,2% zu rechnen. Die Verlaufsrate verringert sich dabei auf 1,5%, nach 2,3% in diesem Jahr.

Die Arbeitslosigkeit wird im Verlauf von 2008 langsamer sinken als im Jahr 2007; sie dürfte sich im Jahresdurchschnitt 2008 auf reichlich 3,4 Millionen belaufen, nach knapp 3,8 Millionen in diesem Jahr. Der Preisauftrieb wird mit einer Rate von 2,0% ähnlich hoch sein wie im Jahr 2007. Zwar wird die Inflationsrate dadurch gedrückt, dass die Anhebung der Mehrwertsteuer bereits vollständig überwältigt wurde; die anhaltend günstige Konjunktur vergrößert jedoch den Spielraum für Preisanhebungen und der Ölpreis wird im Jahresdurchschnitt höher sein als 2007.

Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus der Immobilienkrise in den USA und den dadurch ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten. Die vorliegende Prognose unterstellt einen glimpflichen Ausgang, wofür auch spricht, dass sich die Lage an den Finanz- und Devisenmärkten zuletzt entspannt hat. Neuerliche Überraschungen wie z. B. zusätzliche Verluste bei Haushalten und Unternehmen und daraus resultierende negative Reaktionen der Finanzmärkte sind jedoch nicht auszuschließen. Diese würden die Expansion in Deutschland spürbar dämpfen.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,2	1,1	0,8	2,9	2,6	2,2
Reales Bruttoinlandsprodukt, kalenderbereinigt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,2	0,6	1,0	3,1	2,7	1,9
Erwerbstätige <sup>a</sup> (in 1.000 Personen)	38.726	38.880	38.846	39.088	39.760	40.080
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.377	4.381	4.861	4.487	3.781	3.451
Arbeitslosenquote <sup>b</sup> (in %)	10,2	10,1	11,1	10,3	8,7	7,9
Verbraucherpreise <sup>c</sup>						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	2,1	2,0
Lohnstückkosten <sup>d</sup>						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	-0,3	-1,0	-1,1	0,7	1,3
Finanzierungssaldo des Staates <sup>e</sup>						
in Mrd. €	-87,3	-83,6	-75,6	-37,3	2,2	8,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,8	-0,34	-1,6	0,1	0,3
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	40,9	94,9	103,1	117,2	145,0	154,0

a) Im Inland. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – c) Verbraucherpreisindex (2000=100). – d) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2007 und 2008: Prognose der Institute.

### Exkurs: Ostdeutschland

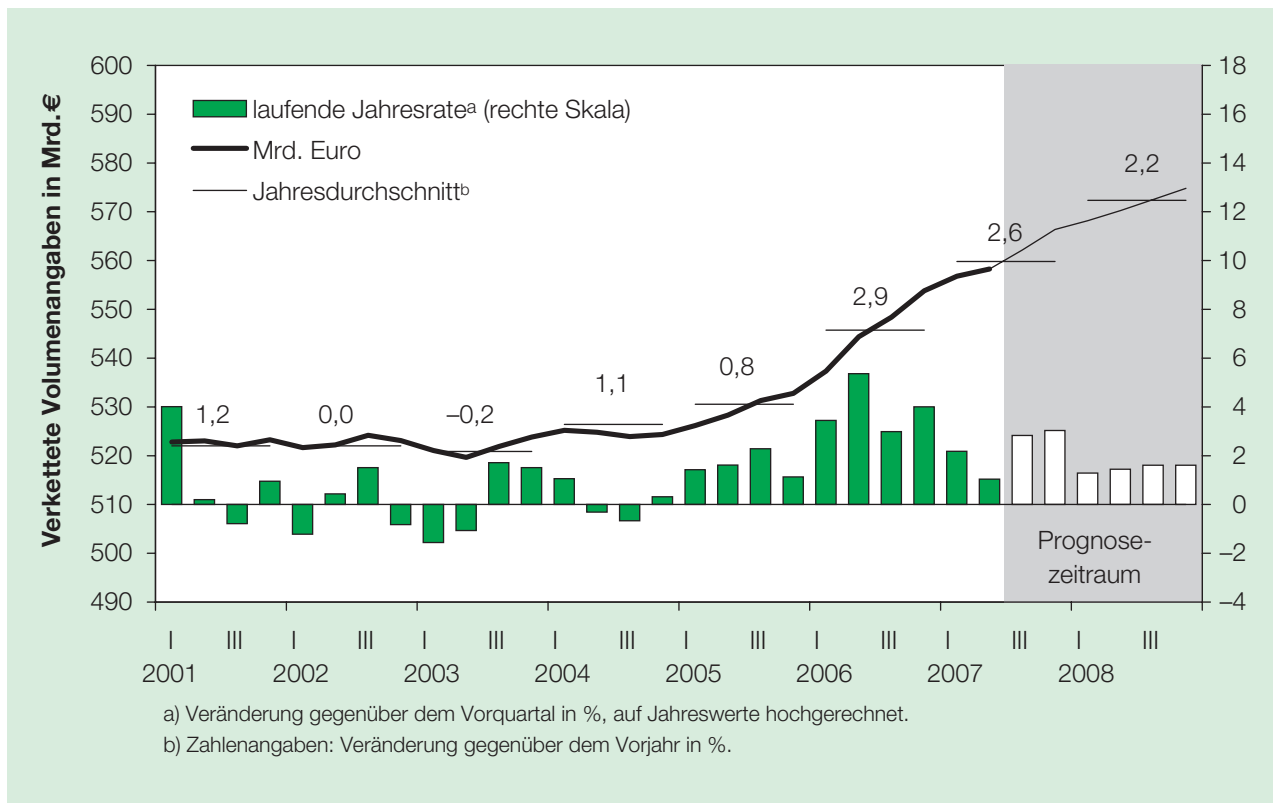
In den neuen Bundesländern nahm das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr mit 3,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht überdurchschnittlich zu (Deutschland: 2,9 %). Ausschlaggebend war die kräftig expandierende Industrieproduktion. Hier kam die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit zum Tragen. Die industrielle Wertschöpfung lag um 12,7 % über dem Stand vor Jahresfrist (Deutschland: 6,9 %). Die Bauproduktion schwankte sehr stark durch die ungewöhnlichen Witterungseinflüsse. Ein Großteil des Überhangs an Bauaufträgen aus dem vergangenen Jahr dürfte im ersten Quartal abgearbeitet worden sein. Der Handel hat seinen Tiefpunkt infolge des Kaufkraftentzugs durch die Anhebung der Mehrwertsteuer inzwischen erreicht. Zum Zuwachs der Wertschöpfung trugen im Gefolge der kräftigen industriellen Aktivitäten auch das Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungsgewerbe sowie die unternehmensnahen Dienstleister bei. Für den weiteren Verlauf des Jahres 2007 signalisieren die Auftragseingänge und die Stimmungsindikatoren eine Abschwächung des Produktionsanstiegs im produzierenden Gewerbe. Die Industrieunternehmen schätzen zwar ihre künftigen Geschäfte weiterhin sehr positiv ein, erwarten allerdings

geringere Umsatzzuwächse als bisher. Der starke Rückgang der Baugenehmigungen deutet darauf hin, dass die Bauproduktion weiter sinken wird. Die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe wird deshalb verlangsamt expandieren. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland um 3 % in diesem Jahr und 2,5 % im kommenden Jahr zunehmen und damit kräftiger als in den alten Bundesländern.

In Ostdeutschland hat sich die Lage am Arbeitsmarkt noch deutlicher verbessert als in Westdeutschland. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 149.000 bzw. 3 % zu (Westdeutschland: 2,4 %). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im gleichen Zeitraum um 207.000. Auch im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr um 190.000 und im nächsten um knapp 70.000 abnehmen. Dies ist auch auf die Abwanderung und den demographisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote beträgt 14,5 % in diesem und 13,7 % im nächsten Jahr (vgl. Tab. 2). Sie ist damit immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland.



Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2007: Prognose.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland<sup>a</sup> (Jahresdurchschnittswerte in 1.000 Personen)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Erwerbstätige Inländer <sup>b</sup>	7.490	7.512	7.432	7.475	7.645	7.685
Arbeitslose	1.624	1.599	1.614	1.480	1.291	1.223
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	17,8	17,6	17,8	16,5	14,5	13,7
Arbeitslosenquote gemäß BA-Definition <sup>d</sup>	18,5	18,4	18,7	17,3	15,3	14,5

a) Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Ab 2007: Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2007. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – d) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2007); 2007 und 2008: Prognose der Institute.

### Zur Wirtschaftspolitik

Obwohl sich die binnenwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen in den vergangenen Jahren verbessert haben, ist die Wirtschaftspolitik weiter gefordert. Sie kann zyklische Verlangsamungen zwar nicht verhindern, hat es aber in der Hand, das trendmäßige Wachstum zu stärken.

Die **Finanzpolitik** sollte dazu ihren Konsolidierungskurs fortsetzen und dabei die qualitative Konsolidierung, also die Stärkung der investiven Ausgaben, forcieren.

Dies kann ihr gelingen, wenn sie den Ausgabenanstieg weiterhin begrenzt. Die Institute schlagen vor, dass die konjunkturunabhängigen Staatsausgaben um 2 % je Jahr zunehmen sollten und damit langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt, dessen jährlichen Anstieg sie auf 3 % veranschlagen. So entstünde ein Haushaltüberschuss von überschlägig 10 Mrd. € je Jahr. Dieser kann für einen Abbau des noch verbleibenden strukturellen Defizits, aber auch für mehr investive Ausgaben oder Steuersenkungen verwendet werden. Der budgetäre Spielraum könnte erweitert werden, wenn der Subventionsabbau

fortgesetzt würde. Die konjunkturabhängigen Ausgaben insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik könnten um den langfristigen Ausgabenpfad schwanken, damit die automatischen Stabilisatoren wirken. Allerdings ist derzeit nicht zu erkennen, dass der notwendige Konsolidierungskurs fortgesetzt wird. Vielmehr werden die konsumtiven Staatsausgaben im kommenden Jahr wieder verstärkt steigen. Die prognostizierte Verbesserung des Budgetsaldos von 0,1 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr auf 0,3 % im Jahr 2008 ist überwiegend auf die gute Konjunktur zurückzuführen.

In der **Arbeitsmarktpolitik** findet der Reformkurs der vergangenen Jahre keine Fortsetzung, obwohl die strukturelle Arbeitslosigkeit immer noch hoch ist. Vielmehr wird derzeit eher über ein Zurückdrehen bei den bisherigen Reformen diskutiert. Erforderlich sind aber Maßnahmen, die insbesondere im Niedriglohnbereich die Anreize für Arbeit erhöhen und die dauerhafte

Integration in den Arbeitsmarkt verbessern. Dies würde dazu beitragen, dass sich der beschäftigungsorientierte Kurs der Lohnfindung fortsetzen würde.

Die **Geldpolitik** steht vor einer schwierigen Abwägung zwischen weiter bestehenden Inflationsrisiken einerseits, der immer noch anhaltenden Verunsicherung der Finanzmärkte und höheren Risiken für die Konjunktur andererseits. Ersteres würde dafür sprechen, dass sie die geldpolitischen Zügel anzieht, letzteres für eine abwartende Geldpolitik. Die Institute erwarten, dass die EZB ihren Leitzins fürs Erste unverändert lässt. Um steigenden Inflationserwartungen entgegen zu treten, dürfte sie aber ihre schon für den September 2007 angekündigte Zinsanhebung in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres nachholen.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsprognose Herbst 2007, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, Heft 20/2007, S. 3–58.

# Bekommen die ostdeutschen Frauen wirklich weniger Nachwuchs? Ein Ost-West-Vergleich

Mandy Kriese und Anna Sophie Müller\*

In der Diskussion um Geburtenzahlen in Deutschland werden immer wieder die Unterschiede in der Kinderzahl der Frauen in Ost- und Westdeutschland betont. Basierend auf der zusammengefassten Geburtenziffer wird behauptet, dass ostdeutsche Frauen weniger Kinder gebären würden als Frauen in Westdeutschland. In diesem Beitrag werden Probleme, die im Zusammenhang mit dieser Maßzahl auftreten können, diskutiert. Es wird eine alternative Berechnungsmethode vorgestellt, die ebenfalls die endgültige Kinderzahl der Frauen misst, den wahren Wert aber genauer wiedergibt. Außerdem wird untersucht, wie groß der Anteil der Frauen ist, die keine Kinder bekommen. Zu allen Ergebnissen wird ein Ost-West-Vergleich durchgeführt.

## Wie viele Kinder bekommt eine Frau?

### Die zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer ist das Maß, mit dem die Fertilität in Deutschland gemessen wird. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn das Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 45 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Vereinfacht gesagt ordnet sie jeder Frau zwischen 15 und 45 für jedes Altersjahr eine durchschnittliche Kinderzahl zu. Diese Kinderzahlen werden addiert und ergeben aktuell für Deutschland 1,3 Kinder pro Frau. Der Vorteil dieser Methode besteht darin, dass sie die Geburtenziffer unabhängig von der jeweiligen Altersstruktur der Bevölkerung misst.

Die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer zeigt, dass es sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland in den Jahren ab 1960 zu einem starken Anstieg der Geburten auf über 2,5 Kinder pro Frau kam (Baby Boom Generation, vgl. Abb. 1). Der ab dem Jahr 1965 einsetzende so genannte „Pillknick“ führte danach in beiden Teilen Deutschlands zu einem rapiden Absinken der Geburtenzahlen. Seit Anfang der 1970er Jahre entwickelte sich die zusammengefasste Geburtenziffer dann unterschiedlich. In der DDR kam es zu einem Anstieg und es wurden zeitweise sogar Geburtenziffern von über 1,8 Kindern pro Frau realisiert. Nach der deutschen Wiedervereinigung fiel die zusammengefasste Geburtenziffer jedoch auf 0,8 Kinder pro Frau. Im Westen Deutschlands blieb diese seit Anfang der 1970er Jahre

relativ konstant auf dem niedrigen Niveau von 1,4 Kindern pro Frau. Mittlerweile haben sich die Geburtenzahlen in Ost- und Westdeutschland jedoch wieder nahezu angeglichen.

Diese Werte werden den Bevölkerungsprognosen der Statistischen Ämter zugrunde gelegt [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2006a)]. Ausgehend von einem weiterhin stabilen Verlauf im ehemaligen Bundesgebiet wird in der Bevölkerungsprognose von einer weiteren Anpassung der Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern ausgegangen.

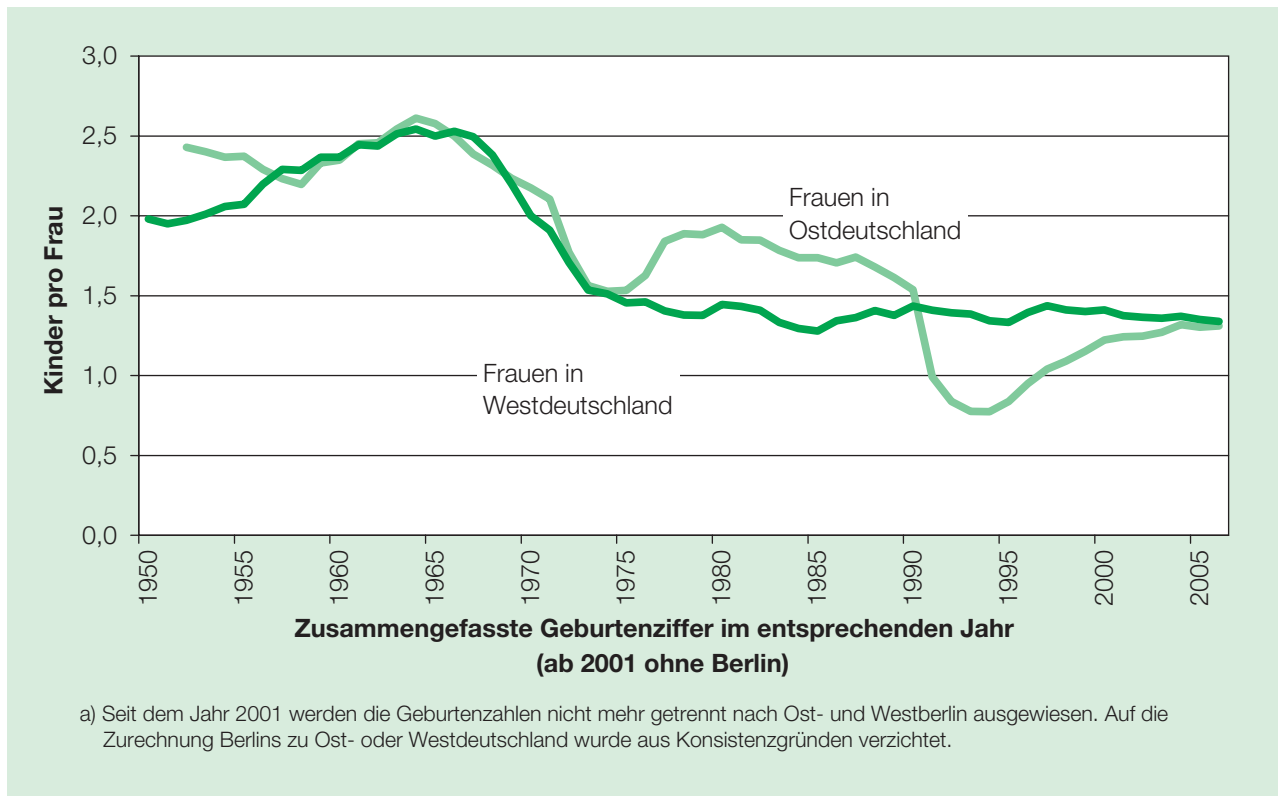
Wird die zusammengefasste Geburtenziffer als absolute Kinderzahl interpretiert, sieht es so aus, als gäbe es in Ostdeutschland eine Generation von Frauen, die sich gegen Kinder entschieden hat. Dies ist jedoch, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, eine falsche Interpretation der Zahlen.

### Die Geburtenziffer im Längsschnitt

Bei der Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer werden den Frauen altersspezifische Geburtenzahlen unterstellt, von denen angenommen wird, dass sie sich im Laufe des Lebens nicht verändern werden. Es wird also davon ausgegangen, dass sich die 20-Jährigen in zehn Jahren bezüglich der Geburten genauso verhalten wie die heute 30-Jährigen. Wie im Folgenden gezeigt wird, können bei Verletzung dieser Annahmen Verzerrungen in den Ergebnissen bei der zusammengefassten Geburtenziffer auftreten. Verschiebt sich beispielsweise das Alter der Familiengründung nach oben, unterschätzt die zusammengefasste Geburtenziffer die wahre endgültige Kinderzahl.

Eine Untersuchung der Zahlen Deutschlands nach dem durchschnittlichen Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder zeigt deutliche Unterschiede im Zeitverlauf. Im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik betrug das Durchschnittsalter einer Frau bei der Geburt aller ihrer Kinder beispielsweise im Jahr 1978 26,7 Jahre. Seitdem steigt das durchschnittliche Alter bei der Geburt und hat unterdessen einen Wert von 30,3 Jahren erreicht. Im Gebiet der ehemaligen DDR waren die Frauen bei der

\* Mandy Kriese ist Doktorandin und Anna Sophie Müller arbeitete als Praktikantin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Frau Müller studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Trier.

Abbildung 1: Ostdeutschland vs. Westdeutschland: Zusammengefasste Geburtenziffer im Vergleich<sup>a</sup>

Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

Geburt ihrer Kinder aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen jünger. Dort lag das durchschnittliche Alter im Jahr 1978 bei 23,8 Jahren. Auch hier verlief die Entwicklung steigend, sodass im Jahr 1989 eine Frau bei der Geburt ihrer Kinder im Durchschnitt bereits 24,8 Jahre alt war (vgl. Abb. 2). In den zehn darauf folgenden Jahren stieg das Durchschnittsalter dann sprunghaft auf 28 Jahre an.

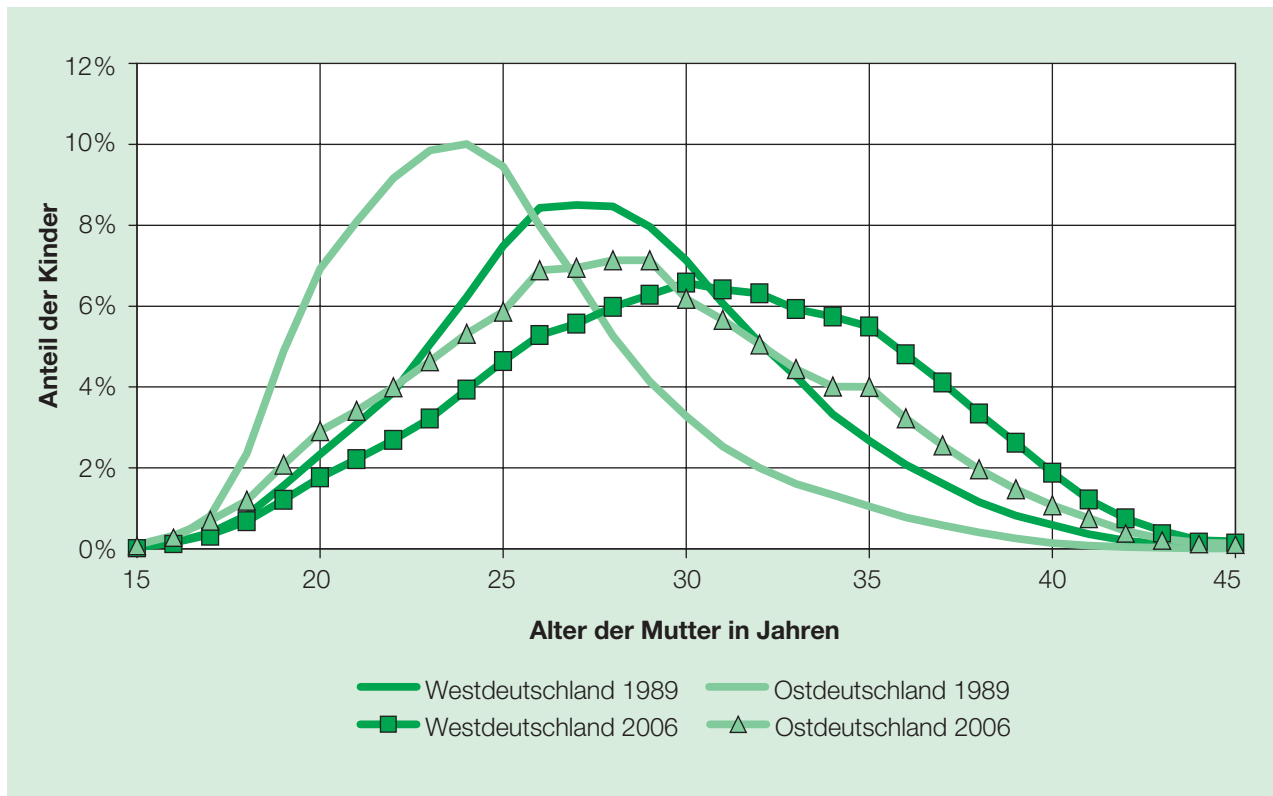
Dieser Anstieg spiegelt die Anpassung der Frauen in Ostdeutschland an die westdeutschen Lebensverhältnisse wider. Frauen, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Ende 20 waren, haben ihre Kinder größtenteils zu DDR-Zeiten bekommen, deren Familienplanung war also meist abgeschlossen, womit von ihnen keine Kinder mehr zu erwarten waren. Jüngere Frauen haben allerdings ihre Entscheidung für Kinder, ähnlich zum Verhalten ihrer westdeutschen Zeitgenossinnen, auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Aus diesem Grund kamen in den Jahren kurz nach der Wiedervereinigung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR deutlich weniger Kinder auf die Welt. Da die zusammengefasste Geburtenziffer ein Querschnittsmaß ist und annimmt, dass die Frauen während ihres gesamten Lebens gerade so viele Kinder zur Welt bringen, wie alle Frauen in dem jeweils betrachteten Jahr, erscheint es auf den ersten Blick, als hätten sich die ostdeutschen Frauen in dieser Zeit einfach gegen Kinder entschieden.

Dynamische Effekte, wie die Vertagung der Entscheidung für Kinder auf einen späteren Zeitraum, werden mit dieser Maßzahl somit nicht abgebildet. Auch das heutige Durchschnittsalter bei der Geburt der Kinder ist immer noch durch diese Anpassungseffekte beeinflusst. Erst etwa ab den Geburtsjahrgängen 1970/1971 kann davon ausgegangen werden, dass die Verzerrungen aufgrund der DDR-Biographie aus diesen Zahlen verschwunden sein werden, da diese Frauen zur Zeit der Wende etwa 20 Jahre alt waren und ihre Familienbildungsphase in Gesamtdeutschland durchlebt haben.<sup>1</sup> Unabhängig vom Durchschnittsalter zeigt Abbildung 2 deutlich, dass die Frauen in Ostdeutschland ihre Kinder auch heute noch früher auf die Welt bringen als die Frauen in Westdeutschland (vgl. die Reihen West 2006 und Ost 2006).

Um die wahre Zahl der Kinder pro Frau bestimmen zu können, ist eine kohortenspezifische Betrachtung, also eine Art Geburtenziffer im Längsschnitt notwendig [vgl. KREYENFELD und KONIETZKA (2004, 2007)]. Damit können allerdings keine Aussagen über den aktuellen Rand gemacht werden, denn nur die im Jahr 1961 oder eher geborenen Frauen haben ihre Familienbildungsphase bereits weitgehend abgeschlossen. Für spätere Jahrgänge sind lediglich Momentaufnahmen möglich.

Die Geburtenziffer im Längsschnitt wird ähnlich berechnet, wie die zusammengefasste Geburtenziffer. Jeder

Abbildung 2: Verteilung der Geburten nach Alter der Mutter



Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

Frau wird in jedem Altersjahr zwischen 15 und 45 Jahren eine durchschnittliche Kinderzahl zugeordnet. Diese Zahlen werden ebenfalls addiert, aber diesmal über die Zeit, sodass sich eine jahrgangsspezifische zusammengefasste Geburtenziffer ergibt. Wird beispielsweise der Jahrgang 1955 untersucht, werden die durchschnittlichen Kinderzahlen der Frauen, die im Jahr 1970 15 Jahre alt waren, die der Frauen, die im Jahr 1971 16 Jahre alt waren, die der Frauen, die im Jahr 1972 17 Jahre alt waren, usw. addiert (vgl. Abb. 3). Es ist zu beachten, dass an der Abszisse der Geburtsjahrgang der Mutter dargestellt ist und die Linien als bisherige Zahl der Kinder interpretiert werden müssen. Der starke Abfall der Zahlen nach dem Geburtsjahr 1961 wird dadurch hervorgerufen, dass sich die Frauen noch mitten in ihrer Familienbildungsphase befinden, ihre endgültige Kinderzahl also noch nicht erreicht wurde. Mit dieser Methodik kann somit leider nicht darauf geschlossen werden, wie viele Kinder die nach 1961 geborenen Frauen am Ende der reproduktiven Phase haben werden.

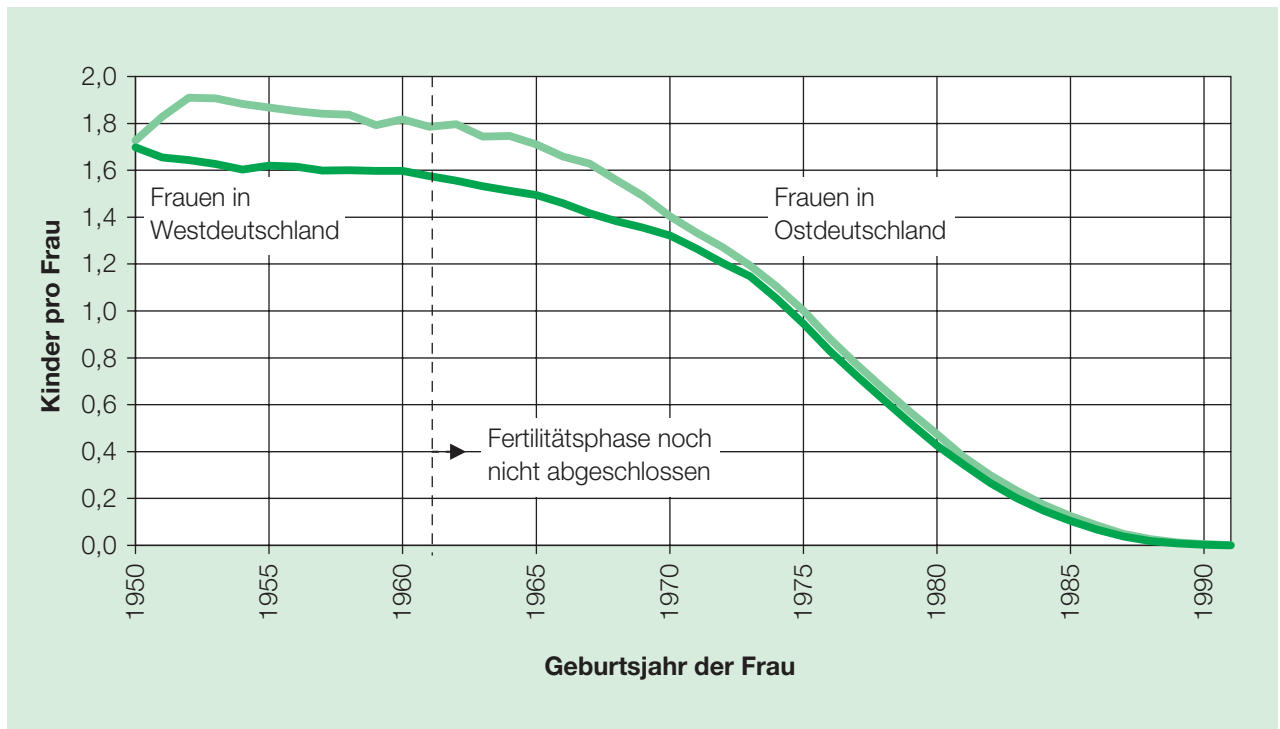
Für die Geburtsjahrgänge, die ihre Familienbildungsphase bereits hinter sich haben (etwa bis zum Geburtsjahrgang 1961) wird deutlich, dass die Kinderzahl in Ostdeutschland durchweg über der Kinderzahl in Westdeutschland liegt. Für die späteren Geburtsjahrgänge kann lediglich ein Zwischenergebnis für das Jahr 2006

aufgezeigt werden. Die Kurve der ostdeutschen Frauen liegt für alle Jahrgänge über der Kurve der Frauen aus Westdeutschland. Das kann im Ergebnis zu einer höheren Kinderzahl im Osten Deutschlands führen. Es ist aber auch möglich, dass dieses Ergebnis dadurch hervorgerufen wird, dass die ostdeutschen Frauen ihre Kinder im Durchschnitt eher auf die Welt bringen. In dem Fall kann es in den letzten zehn Jahren der Familienbildungsphase noch zu einem Angleich der endgültigen Kinderzahl kommen.

### Wie geht es weiter?

Einen groben Ausblick über die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren soll die folgende Simulation andeuten. Dafür wird angenommen, dass die Frauen zwischen 35 und 45 Jahren (die sich also tendenziell am Ende ihres fruchtbaren Zeitraums befinden) ihren Kinderwunsch kaum mehr nach hinten verschieben können, da dann die biologischen Grenzen greifen. Es wird unterstellt, dass sich die durchschnittliche Kinderzahl der 45-jährigen Frauen im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2007 nicht verändern wird. Unter dieser Annahme kann deren durchschnittliche Kinderzahl zur Längsschnittgeburtenziffer der 44-jährigen Frauen im Jahr 2006 hinzuaddiert

Abbildung 3: Wie viele Kinder bringt eine Frau im Lauf ihres Lebens zur Welt?



Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

werden. Es ergibt sich eine Schätzung der endgültigen Kinderzahl für die Frauen, die das 45. Lebensjahr im Jahr 2007 erreichen werden. So wird bis zum Jahr 2016 verfahren. Es werden somit für jeden Jahrgang zur aktuellen Längsschnittgeburtenziffer die Werte der zusammengefassten Geburtenziffer, die sich im Jahr 2006 realisiert haben, addiert. Mithilfe dieser Methode kann die endgültige Kinderzahl der Frauen abgeschätzt werden, die im Jahr 2006 erst das 35. Lebensjahr erreicht haben.

Bevor die Ergebnisse der Simulation präsentiert werden, muss betont werden, dass sich der Zeitpunkt der Familiengründung und Familienerweiterung immer noch weiter nach hinten verschiebt. So betrug beispielsweise die Zahl der Kinder, die eine Frau nach ihrem 35. Geburtstag zur Welt brachte, im Jahr 1996 noch durchschnittlich 0,05. Im Jahr 2006 waren es schon durchschnittlich 0,13 (zusammengefasste Geburtenziffer, Querschnitt). Das ist ein Anstieg um 0,08 Kinder, was bei derzeit 1,33 Kindern pro Frau beachtlich ist. Die endgültige Kinderzahl der Frauen, die im Jahr 1971 geboren sind, wäre nach der Simulationsrechnung in Ostdeutschland fast identisch mit der Zahl in Westdeutschland (vgl. Abb. 4). Das würde mit der Aussage übereinstimmen, dass sich die ostdeutschen Frauen, die zur Wende 19 Jahre waren, an das Geburtsverhalten der westdeutschen Frauen nahezu vollständig angepasst haben.

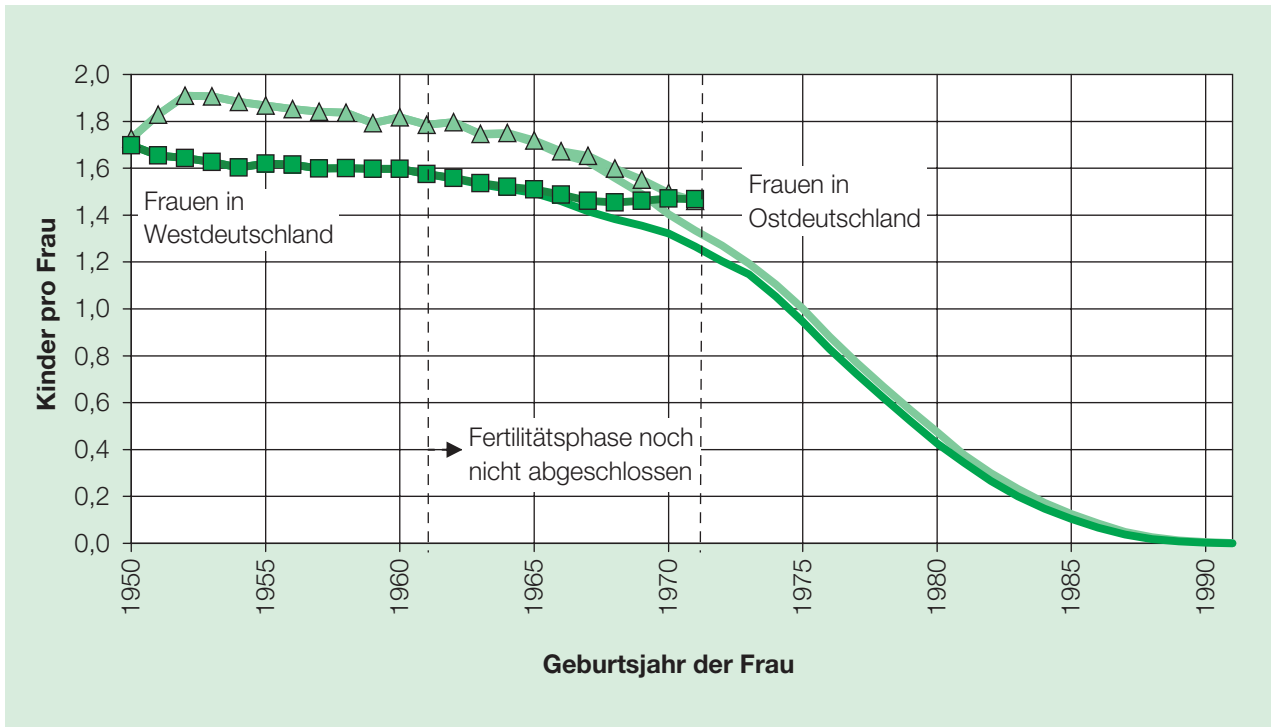
Im Ergebnis kann also festgehalten werden, dass eine Frau in Ostdeutschland im Durchschnitt bisher mehr Kinder auf die Welt gebracht hat als eine Frau im westlichen Teil der Bundesrepublik. Da diese Unterschiede hauptsächlich durch die DDR-Biographie hervorgerufen werden, bleibt abzuwarten, ob sich die Zahl der geborenen Kinder in beiden Teilen Deutschlands so anpassen wird, wie es die Simulation voraussagt. Es kann aber keineswegs davon gesprochen werden, dass Frauen im Osten Deutschlands weniger Kinder zur Welt bringen als die Frauen im Westen. Diese Interpretation der zusammengefassten Geburtenziffer ist irreführend, wie die Längsschnittgeburtenziffer gezeigt hat.

### Wie viele Frauen bekommen keine Kinder?

Der Schwerpunkt der Untersuchung lag bisher auf der Frage „Wie viele Kinder bekommt eine Frau, vorausgesetzt, sie entscheidet sich für Kinder?“. Eine andere Thematik ist die Kinderlosigkeit. Deshalb soll der folgende Abschnitt die Frage beantworten: „Wie groß ist der Anteil der west- bzw. ostdeutschen Frauen (und Männer), die keine Kinder bekommen?“

Zur Messung der Kinderlosigkeit gibt es in Deutschland leider keine geeignete Datenquelle aus der amtlichen Statistik [vgl. GRUNDIG (2006)]. Es existieren verschiedene Untersuchungen, die versuchen, die Kinderlosigkeit

Abbildung 4: Wie viele Kinder bringt eine Frau im Lauf ihres Lebens zur Welt? Mit Simulationsergebnissen



Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

abzuschätzen [vgl. DORBRITZ (2005) für einen Überblick]. Allen gemein ist das Ergebnis, dass die Kinderlosigkeit zunimmt.

In diesem Blickpunkt wird auf den GENDER AND GENERATION SURVEY des BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB) zurückgegriffen. In diesem Projekt wurden im Jahr 2005 mehr als 10.000 in Deutschland lebende Männer und Frauen zwischen 18 und 79 Jahren zu ihren Lebensumständen befragt. Ziel war es, Aufschluss über zugrunde liegendes demographisches Verhalten und damit zusammenhängende Prozesse zu erhalten, sowie die Faktoren zu erkennen, die diese Prozesse beeinflussen. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei die Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern sowie die Beziehung zwischen Partnern.

Die Anzahl der leiblichen Kinder wurde in der Befragung nicht direkt erfasst. Es ist jedoch möglich, durch die Kombination von verschiedenen Antworten darauf zu schließen, ob es sich bei der befragten Person um jemanden handelt, der zum Befragungszeitpunkt Kinder hatte oder nicht.

Die endgültige Kinderlosigkeit einer Frau kann erst dann gemessen werden, wenn sie ihre reproduktive Phase durchlebt hat. Um mit der Schätzung der Kinderlosigkeit möglichst nahe an den aktuellen Rand zu gelangen, werden Frauen betrachtet, die zum Befragungszeitpunkt zwischen 40 und 50 Jahren alt waren. Bei Männern wird die Altersgrenze höher angesetzt. Zum einen sind sie in

Beziehungen häufig älter als Frauen<sup>2</sup> und zum anderen haben sie keine strikte biologische Altersgrenze, die ihre Fortpflanzungsfähigkeit beschränkt. Deshalb wird bei der Einordnung der Männer als kinderlos das Alter zwischen 45 und 55 Jahren gewählt.

Mit diesen Altersbegrenzungen wird ein Bild über die durchschnittliche Kinderlosigkeit der Jahrgänge vermittelt, die gerade ihre fruchtbare Phase hinter sich gelassen haben. Aufgrund des steigenden Trends zur Kinderlosigkeit müssen die Ergebnisse als Untergrenze für die zukünftige Kinderlosigkeit interpretiert werden.

Um mit dem ersten Abschnitt des Artikels konsistent zu bleiben, werden West- und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin ausgewiesen. Demnach ist die Kinderlosigkeit im Osten Deutschlands mit lediglich 8,4 % geringer als in Westdeutschland (vgl. Tab. 1). Bemerkenswert ist, dass die in Ostdeutschland lebenden Männer viel häufiger kinderlos geblieben sind als die in Ostdeutschland lebenden Frauen.<sup>3</sup> Das gleiche Bild liefert das Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik. Hier liegt der Anteil der kinderlosen Frauen bei 15,1%. Bei den Männern ist mehr als ein Viertel kinderlos geblieben. Insgesamt bleiben in Deutschland (inklusive Berlin) 14,3 % der 40- bis 50-jährigen Frauen und 23,9 % der 45- bis 55-jährigen Männer kinderlos.<sup>4</sup>

Die Ergebnisse zeigen lediglich, dass die Kinderlosigkeit in der ehemaligen Bundesrepublik weiter verbreitet war als in dem Gebiet der ehemaligen DDR. Über die

**Tabelle 1: Anteil der kinderlosen Frauen und Männer, getrennt nach Ost- und Westdeutschland**

Region	Anteil kinderloser Frauen zwischen		Anteil kinderloser Männer zwischen	
	30 und 40 Jahren	40 und 50 Jahren	35 und 45 Jahren	45 und 55 Jahren
Ostdeutschland (ohne Berlin)	14,1%	8,4%	33,0%	17,1%
Westdeutschland (ohne Berlin)	25,7%	15,1%	37,5%	25,8%
Gesamtdeutschland (mit Berlin)	24,0%	14,3%	36,1%	23,9%

Quellen: Gender and Generation Survey (2005) und Berechnungen des ifo Instituts.

Jahrgänge, die ihre Kinder hauptsächlich nach der deutschen Wiedervereinigung bekommen haben, kann anhand der Daten nur eine Aussage zum aktuellen Zwischenstand getroffen werden. Dazu werden für die Frauen die Jahrgänge untersucht, die zur Wiedervereinigung 15 bis 25 Jahre alt waren (also zwischen 30 und 40 Jahren im Jahr 2005). Bei ihnen kann davon ausgegangen werden, dass zumindest ein Teil der Kinder erst nach 1990 zur Welt kam. Auch diese Zahlen zeigen, dass die Kinderlosigkeit im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik viel ausgeprägter ist als im Gebiet der ehemaligen DDR.

## Fazit

Die zusammengefasste Geburtenziffer ist ein geeigneter Indikator, um das Geburtenverhalten in einem bestimmten Jahr zu beschreiben. Allerdings beeinflussen Verschiebungen in der Alterstruktur bei der Familienbildung die Ergebnisse dieses Indikators enorm, wie vor allem die frühen 1990er Jahre in Ostdeutschland zeigen.

Die Untersuchung der Geburtenziffer im Längsschnitt ergibt für alle Jahrgänge, die ihre Familienbildung bereits abgeschlossen haben, eine endgültige Kinderzahl, die höher liegt als 1,4. In Ostdeutschland liegt sie im Durchschnitt sogar um 0,2 Kinder höher als in Westdeutschland. Die Ergebnisse der Simulationsrechnung lassen vermuten, dass sich die Kinderzahlen in Ost- und Westdeutschland angleichen werden.

Diese höhere Kinderzahl in Ostdeutschland geht einher mit einem niedrigeren Anteil an Kinderlosen. Allerdings kann hier noch keine Aussage über die Nachwendegeneration getroffen werden. Gleichwohl ist die Tendenz zu Kinderlosigkeit in Westdeutschland stärker ausgeprägt.

## Literatur

- DORBRITZ, JÜRGEN (2005): Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa – Daten, Trends und Einstellungen, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 30, 4/2005, S. 359–407.
- GRUNDIG, BEATE (2006): Kinderlose Frauen vs. Frauen ohne Kinder: Zum Problem der Messung der Kinderlosigkeit in Deutschland, ifo Dresden berichtet 5, S. 31–35.
- KREYENFELD, MICHAELA und DIRK KONIETZKA (2004): Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland, MPIDR Working Paper WP 2004-25, Max-Planck-Institut für demographische Forschung.
- KREYENFELD, MICHAELA und DIRK KONIETZKA (2007): Demographische Forschung – Aus erster Hand, Jahrgang 4, Nr. 2, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, S. 4.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2006a): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2006b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Natürliche Bevölkerungsbewegung 2004, Fachserie 1/Reihe 1.1, Wiesbaden.

<sup>1</sup> Auch auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik wird die zusammengefasste Geburtenziffer von dem dynamischen Effekt in abgeschwächter Form beeinflusst, da das Durchschnittsalter bei der Geburt der Kinder seit fast 30 Jahren steigt.

<sup>2</sup> So ergibt sich beispielsweise aus der Statistik der Eheschließungen für das Jahr 2004, dass in etwa 70% der Ehen der Mann älter ist als die Frau [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2006b)]. Nur in knapp 10% der Fälle ist die Frau älter als der Mann.

<sup>3</sup> Wanderungsbewegungen werden nicht berücksichtigt.

<sup>4</sup> Diese Unterschiede können beispielsweise durch die Gründung von Zweitfamilien zustande kommen.



# Einfach, transparent und nachvollziehbar: Zur Reform der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern<sup>1</sup>

Thilo Sarrazin\*

## Der Status quo

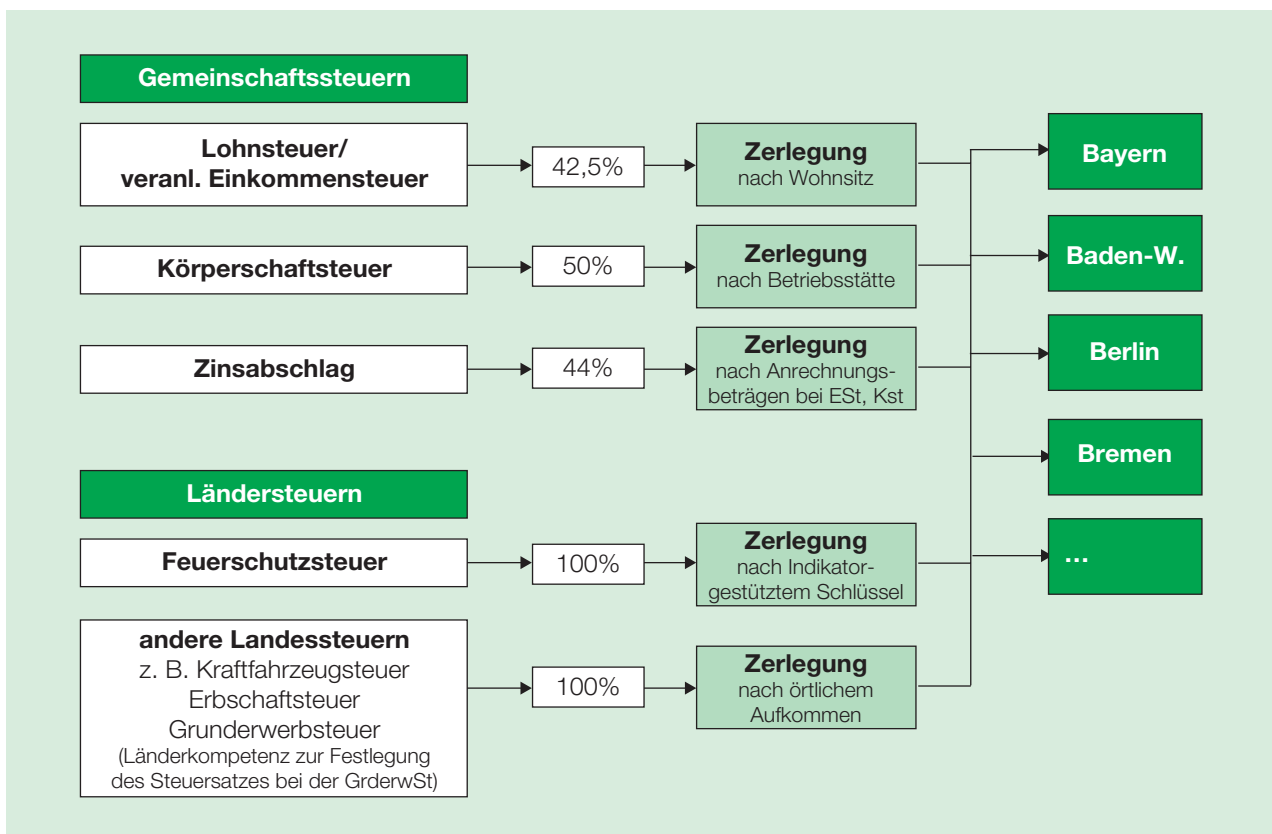
Wenn zu entscheiden ist, ob eine Struktur des politischen Handelns noch sachgerecht ist oder reformbedürftig, ob sie eher kleine Korrekturen im Sinne einer Feinsteuerung benötigt oder eine grundlegende Neuausrichtung, dann gibt es dazu meiner Ansicht nach einen recht einfachen Test: Man beantworte sich die Frage, ob man sich als in und mit dieser Struktur handelnde Person in der Lage fühlt, deren Logik und Funktionsweise einem interessierten und verständigen Außenstehenden innerhalb vertretbarer Zeit zutreffend und plausibel zu erläutern. Diesen Test wende ich natürlich auch auf die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern an.

Selbst wenn man hierzu allein die primäre Steuerverteilung für die Zwecke eines halbwegs anschaulichen Schaubildes stark vereinfacht darstellt, ist das Ergebnis

nicht eben ein klares Bild. Die beste und einfachste Grafik, die meine Mitarbeiter zur Illustration der Umsatzsteuerverteilung erdacht haben, ist ebenfalls schon eine recht harte Nuss. Beide Abbildungen erspare ich den Lesern dieses Beitrags. Wenn man die horizontale Verteilung der Steuern unter den einzelnen Ländern visualisiert, so ist das Ergebnis zwar nachvollziehbar, macht aber auch eines überdeutlich: Es überlagern sich die unterschiedlichsten Zerlegungs- und Verteilungsmodi (vgl. Abb. 1). Was herauskommt, wenn man die Regelungen des anschließenden Finanzausgleichs graphisch darstellen oder mündlich erklären möchte, davon sei hier geschwiegen.

\* Dr. Thilo Sarrazin ist Volkswirt und Senator für Finanzen des Landes Berlin.

Abbildung 1: Sekundäre Steuerverteilung unter den Ländern



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin.

Die heutige Finanzverfassung Deutschlands, fast 40 Jahre nach ihrer letzten großen Reform, besteht also den geschilderten Test nicht. Sie besteht ihn nicht bei der Frage, warum welches Steueraufkommen wie auf die einzelnen staatlichen Ebenen verteilt wird, nicht bei der Logik des Ausgleichs zwischen den Bundesländern, nicht bei der Verteilung der Zuständigkeiten für die Steuergesetzgebung und für die Erhebung und Verwaltung der Steuern.

Dieser Test ist zugegebenermaßen oberflächlich – aber auch ein vertiefter Blick aus Expertensicht kommt zu keinem anderen Schluss: Es besteht grundlegender Reformbedarf. So wird etwa die Anknüpfung der Primärsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer an das örtliche Aufkommen den Strukturunterschieden zwischen den Ländern, der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung und der jeweiligen Wirtschafts- und Finanzkraft der Länder seit langem nicht mehr gerecht. Das daher entstandene Ausgleichssystem ist außerordentlich komplex und streitanfällig. Das Steueraufkommen (mit Ausnahme der Grundsteuer, der Gewerbesteuer sowie der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern) spiegelt eben nicht die Wirtschaftskraft der einzelnen Glieder, sondern jene des Gesamtstaates wider – der Vergleich zwischen örtlichem Aufkommen und regionaler Wirtschaftskraft belegt dies überdeutlich. Die derzeit fast vollständige Loslösung der Einnahmen der Länder von ihrer Wirtschaftskraft und damit das Fehlen eines Anreizelementes, das die Anstrengungen der Länder honoriert, ihre Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken, wird in der wissenschaftlichen Debatte seit langem als Problem benannt.

Die gemischte Zuständigkeit für die Steuergesetzgebung und die Steuerverwaltung führt – dezent formuliert – zu Inkonsistenzen im Steuerrecht und bei seiner Anwendung. In insgesamt 32 Jahren als Bundes- und Landesbeamter, als Staatssekretär und Senator konnte ich es immer wieder beobachten: Die Tatsache, dass die Steuergesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig sind, führt dazu, dass eine Bundesregierung im Bereich des Steuerrechtes nicht einmal in der Lage ist, das Falsche richtig durchzuführen. Zu jedem Änderungsvorhaben gesellt sich eine Gegenposition. Bevor es Gesetz wird, wird es bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen oder in ihr Gegenteil verkehrt, sodass sich die resultierenden Regularien am Ende widersprechen und in der Summe zu ganz anderen Effekten führen, als jemals beabsichtigt war. Soll z. B. die Grenzbelastung gesenkt werden, kommt als Gegenposition eine Reichensteuer. Soll es mehr internationale Vergleichbarkeit bei der Unternehmensbesteuerung geben, wird als Gegenposition eine Mittelstandskomponente mit entgegen gesetzter Wirkung ins Spiel gebracht. Völlig unabhängig von richtig oder falsch: So kann keine, wie

auch immer ausgerichtete Regierung rationales und konsistentes Steuerrecht schaffen.

Nicht selten ist die Auffassung zu hören, dies sei ja alles richtig diagnostiziert – das Problem aber in unserem föderal aufgebauten Staat nun einmal unausweichlich und letztlich nicht abstellbar. Zu solchem Fatalismus besteht allerdings kein Anlass: Weder zwingt uns das Bundesstaatsprinzip zu einem bestimmten Mechanismus der Steuerverteilung, noch zu einer bestimmten Form der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung. Verfassungsrechtlich gefordert ist die aufgabengerechte Finanzausstattung aller Glieder des Bundes, also des Bundes wie der Länder, und die Wirksamkeit der grundsätzlichen Mitwirkung der Länder auch an der Steuergesetzgebung. Die Beachtung der Ziele der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse bzw. der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dabei ist unbestritten.

Dies ist der Rahmen, innerhalb dessen die Artikel 105 bis 108 unseres Grundgesetzes die Zuständigkeiten und Finanzströme regeln. Man kann und man sollte sie meiner Ansicht nach neu ordnen – und den Ländern so ermöglichen, ihre Aufgaben in jeweils klar abgegrenzter und damit zugleich gestärkter Verantwortung zu erfüllen.

Der richtige Zeitpunkt für ein Inkrafttreten der im Folgenden skizzierten Neuordnung wäre 2020, wenn die bestehenden Regelungen zum Finanzausgleich ohnehin auslaufen. Der Fokus meines Vorschlags ist also mittel- und langfristige. Ich halte es für wichtig, dass bei den derzeitigen Beratungen der Föderalismusreformkommission II und in der parallelen Diskussion der interessierten Fachöffentlichkeit auch solche grundsätzlichen und langfristigen Alternativüberlegungen eine Rolle spielen – auch wenn sie vielleicht noch nicht jedem heute vorstellbar und umsetzungsreif erscheinen mögen. Möglicherweise wird ja aber auch die aktuelle Reformrunde zum Thema der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht die letzte bleiben.

### Vereinfachung der Steuerverteilung

Ausgangspunkt meines Vorschlags zu einer einfachen und sachgerechten Reform der Verteilung des Steueraufkommens ist eine empirische Beobachtung: Der den Ländern insgesamt zur Verfügung stehende Finanzrahmen ist ein relativ konstanter Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Für das Land Rheinland-Pfalz hatte ich als dortiger Staatssekretär einmal eine entsprechende Berechnung für die Zeit von 1948 bis 1996 durchgeführt, es ergab sich ein relativ stabiler Anteil um die 9%. Betrachtet man die Zahlen für alle Länder für die Jahre 1995 bis 2006, so ergibt sich ein ähnliches Bild (vgl. Tab. 1). Man könnte also sicherstellen, dass den Ländern das ihnen

Tabelle 1: Finanzvolumen der Ländergesamtheit

Jahr	Finanzvolumen gesamt (in Mrd. €)	Anteil am BIP
1995	175.851	9,51 %
1996	176.185	9,39 %
1997	173.624	9,06 %
1998	181.893	9,25 %
1999	194.564	9,67 %
2000	200.292	9,71 %
2001	188.524	8,92 %
2002	185.642	8,66 %
2003	183.944	8,51 %
2004	184.740	8,37 %
2005	182.938	8,16 %
2006	199.223	8,63 %

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin.

nach geltendem Recht insgesamt zur Verfügung stehende Finanzvolumen<sup>2</sup> auch nach der Systemumstellung erhalten bleibt, indem man ihnen einen Anteil von 9 % am nominalen BIP verfassungsrechtlich garantiert.

Damit wäre ein System geschaffen, in dem der Bund alle Steuern außer den Kommunalsteuern im engsten Sinne einnimmt, und den Ländern insgesamt die zur Deckung ihres Bedarfs notwendigen Mittel garantiert. Durch die Definition als Anteil am nominalen BIP würde die Einnahmehasis der Länder gegenüber dem Status quo deutlich verstetigt und von den konjunkturellen Schwankungen der Steuereinnahmen entkoppelt – ein enormer Gewinn an Planungssicherheit.

In einem zweiten Schritt ist der garantierte Länderanteil auf die einzelnen Länder aufzuteilen. An dieser Stelle ist das Modell auf vielfältige Weise gestaltbar, da diese Verteilung natürlich nach verschiedenen Indikatorsystemen erfolgen kann. Dabei kann man durch Anzahl, Auswahl und Gewichtung der relevanten Kennzahlen zu stark verschiedenen Ergebnissen kommen – beispielsweise zu einer mehr oder weniger starken Orientierung an der Einwohnerzahl oder an wirtschaftlichen Kriterien.

Der letztlich sich ergebende Verteilungsmodus muss vor allem den Anforderungen genügen, logisch nachvollziehbar und praktisch handhabbar zu sein – und dabei richtige, zumindest aber nicht falsche Anreizstrukturen schaffen. Eine weitere Anforderung ergibt sich daraus, dass es zunächst für alle Beteiligten soweit akzeptabel sein muss, dass seine Einführung auch politisch durchsetzbar ist. Dies bedeutet praktisch: Das

Verteilungsergebnis sollte zumindest in der „Startaufstellung“ so nah an der heutigen Einnahmeverteilung sein, dass es nicht zu Verwerfungen kommt. Die gute Nachricht ist: dies lässt sich relativ einfach erreichen. Eine erste Setzung hierzu ist, dass der strukturelle Unterschied zwischen Stadtstaaten und Flächenländern berücksichtigt werden muss. Auch hier gilt, dass der Blick in die Zahlen der jüngeren Vergangenheit eine große Konstanz zeigt, was den Anteil der Stadtstaaten am gesamten Einnahmehvolumen der Länder betrifft (vgl. Tab. 2). Es liegt nahe, diese Relation weitgehend festzuschreiben.

Die Verteilung könnte im Übrigen überwiegend einwohnerbezogen erfolgen – dies entspricht dem Gebot der Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse – und durch einen leistungsbezogenen Anteil ergänzt werden (regionales BIP und ggf. Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten).

Einen denkbaren Verteilungsmodus zeigt das folgende Beispiel: Die Einwohnerzahl wird mit 75 % gewichtet und das regionale BIP mit 25 %. Die für die Finanzkraft von Ländern und Gemeinden insgesamt sehr bedeutenden Unterschiede in der Steuerkraft bei den Realsteuern werden durch einen Ausgleichsfaktor berücksichtigt, die auslaufenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (Solidarpaktmittel) bleiben unberücksichtigt. Das Ergebnis (vgl. Abb. 2 und 3) ist in seinen Abweichungen vom Status Quo sehr überschaubar.

Das Wesentliche an solchen einfachen Schlüsseln ist, dass alle heutigen komplizierten Verteilungskomponenten (Zuordnung nach örtlichem Aufkommen einschließlich

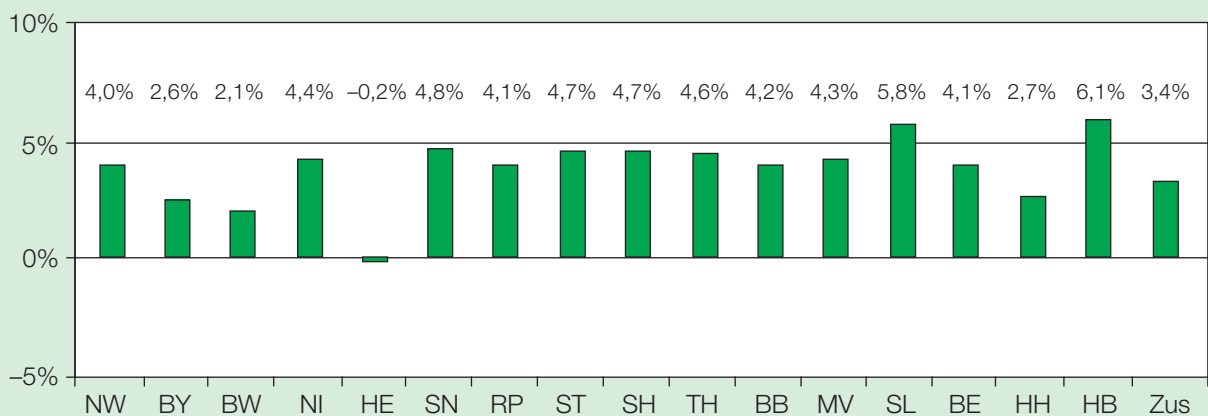
Tabelle 2: Finanzvolumen Flächenländer und Stadtstaaten

Jahr	Finanzvolumen Flächenländer (in Mrd. €)	Anteil	Finanzvolumen Stadtstaaten (in Mrd. €)	Anteil
1995	163.017	92,70 %	12.834	7,30 %
1996	160.109	90,88 %	16.076	9,12 %
1997	157.659	90,80 %	15.966	9,20 %
1998	165.221	90,83 %	16.672	9,17 %
1999	176.853	90,90 %	17.711	9,10 %
2000	182.050	90,89 %	18.242	9,11 %
2001	171.367	90,90 %	17.157	9,10 %
2002	168.811	90,93 %	16.830	9,07 %
2003	167.150	90,87 %	16.794	9,13 %
2004	167.869	90,87 %	16.871	9,13 %
2005	166.007	90,74 %	16.931	9,26 %
2006	180.681	90,69 %	18.542	9,31 %

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin.

Abbildung 2: Rechenbeispiel: Vergleich der tatsächlichen Finanzausstattung

- Veränderungen<sup>a</sup> gegenüber dem Status quo (ohne SoBEZ) in v. H. auf der Basis des BIP 2006 (Länderanteil 9% vom BIP entsprechend dem Durchschnitt der letzten 12 Jahre)
- Horizontale Verteilung: 75% EW, 25% BIP mit Ausgleichsfaktor
- Mehreinnahmen für die Ländergesamtheit ergeben sich im Berechnungsbeispiel aus der negativen Abweichung des BIP-Anteils der Länder 2006 vom langjährigen Durchschnitt.



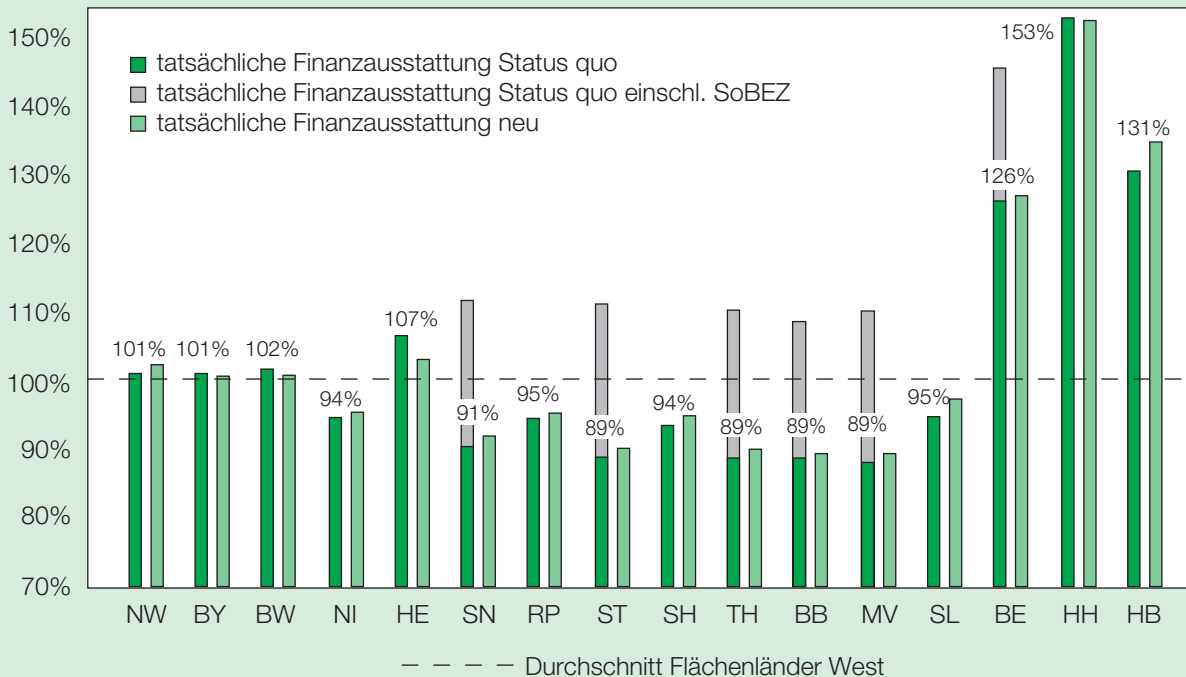
Stand: November 2007.

a) Die dargestellten Veränderungen in der Finanzausstattung enthalten wegen der Einbeziehung eines Ausgleichsfaktors auch die Realsteuern.

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin.

Abbildung 3: Rechenbeispiel: Vergleich der tatsächlichen Finanzausstattung<sup>a</sup>

- Veränderungen<sup>b</sup> gegenüber dem Status quo (ohne SoBEZ)<sup>c</sup> in v. H. auf der Basis des BIP 2006 (Länderanteil 9% vom BIP entsprechend dem Durchschnitt der letzten 12 Jahre)
- Horizontale Verteilung: 75% EW, 25% BIP mit Ausgleichsfaktor



Stand: November 2007.

- Tatsächliche Finanzausstattung zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.
- Die Vergleichswerte enthalten wegen der Einbeziehung eines Ausgleichsfaktors auch die Realsteuern.
- Für die ostdeutschen Länder ist nachrichtlich auch der Wert einschl. SoBEZ ausgewiesen.

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin.

Steuererlegung, Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen) nicht mehr benötigt würden – ein dauerhaft wirksamer Beitrag zur Vereinfachung. Durch den Einbezug leistungsbezogener Komponenten wird die Eigenverantwortlichkeit der Länder gestärkt. Das Prinzip des örtlichen Aufkommens, das die Wirtschaftskraft eines Landes nicht abbildet, wird durchbrochen.

### Exkurs: Zur Eignung des regionalisierten BIP als Maßstab für eine Finanzverteilung

Gegen die Verwendung des regionalisierten BIP als Maßstab sind verschiedentlich Einwände erhoben worden. So wird argumentiert, diese Werte seien ungeeignet, da sie sich ständig änderten. Gemeint ist der Umstand, dass bei der Feststellung des BIP in mehreren

Berechnungsphasen sukzessive immer weitere vorliegende Daten einbezogen werden. Begegnen ließe sich diesem Problem leicht durch eine Vereinbarung, sich bei der Berechnung z. B. auf einen zwei Jahre zurückliegenden Zeitraum zu beziehen, sodass die Finanzverteilung auf belastbarer Grundlage erfolgt. Für im Ergebnis unstrittige Werte sorgt die Tatsache, dass die Werte von den Statistischen Ämtern gemeinsam im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder erarbeitet werden.

Dafür, dass BIP-Daten grundsätzlich als Indikatoren für Systeme der Finanzverteilung geeignet sind, spricht auch die schlichte Tatsache, dass sie diesem Zweck auch schon heute an verschiedener Stelle dienen. So ist das (nationale) BIP zentraler Maßstab bei den so genannten Maastricht-Kriterien, das regionale BIP bestimmt maßgeblich über die Verteilung von Geldern der EU-Strukturfonds (BIP je Einwohner der Regierungsbezirke).

### Steuerpolitik aus einer Hand: Entkoppelung der Finanzausstattung der Länder von der Gestaltung des Steuerrechts

Weil im skizzierten Modell die Finanzausstattung der Länder nicht mehr von der Gestaltung des Steuerrechts abhängt, sondern diese als fester Anteil am Sozialprodukt garantiert ist, entfällt auch der Grund für die heutige Mischzuständigkeit für die Steuergesetzgebung und die Steuerverwaltung mit ihren beschriebenen Folgen.

Steuerpolitik kann und sollte dann, auch wegen ihrer internationalen und europapolitischen Relevanz für den Standort Deutschland, allein Sache des Bundes werden, er sollte die alleinige Gesetzgebungskompetenz für das gesamte Steuerrecht erhalten. Die einzige Ausnahme wären die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern). Auch für die Verwaltung der (nicht-kommunalen) Steuern kann und sollte der Bund nach meiner festen Überzeugung allein zuständig sein. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur Aufgabenentflechtung, darüber hinaus bestünde die Chance für ein wesentlich einfacheres und konsistenteres Steuerrecht und für eine einheitlichere Steuererhebungspraxis.

Das Aufkommen der Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer, der Gewerbesteuer sowie der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern steht nach diesem Modell dann Bund und Ländern gemeinsam zu – der Länderanteil daran bemisst sich, wie dargestellt, als Prozentanteil des gesamtstaatlichen nominalen Bruttoinlandsprodukts.

### Kein Ende des Föderalismus, sondern Stärkung der Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern und damit der Eigenstaatlichkeit der Länder

Seit ich mit den ersten Überlegungen dieser Art an die Öffentlichkeit getreten bin, wurden in der Diskussion einige Gegenargumente genannt, die sich aber aus meiner Sicht leicht widerlegen lassen.

So halte ich Befürchtungen für unbegründet, das skizzierte System verstoße gegen das bundesstaatliche Prinzip und untergrabe die Eigenstaatlichkeit der Länder. Als Sachverständiger hat sich Prof. Joachim Wieland vor der Föderalismuskommission dazu geäußert:<sup>3</sup> Der Ansatz sei konform mit dem bundesstaatlichen Prinzip. Jeder Bundesstaat ist demnach ein Unikat, und aufgabenorientierte Verteilungssysteme passen zweifellos zum bündischen Prinzip. Die Zustimmungsbedürftigkeit von Steuergesetzen ist kein Wesensmerkmal von Bundesstaaten. Es ergibt sich daraus auch kein Verlust an Eigenstaatlichkeit, im Gegenteil: Dadurch, dass die Einnahmen verfassungsrechtlich garantiert sind, können die Länder mit

wesentlich besserer Planungssicherheit wirtschaften. Auch Prof. Stefan Koriath hebt in seiner Stellungnahme für die Kommission hervor, dass ein Finanzverteilungssystem, bei dem die Länder „unentziehbare Zuweisungsansprüche“ haben, mit dem Bundesstaatsprinzip vereinbar ist.<sup>4</sup>

Die Behauptung, die Länder würden im Ergebnis einer solchen Neuordnung finanziell am Tropf des Bundes hängen, trifft eben gerade nicht zu: Die Länder erhalten verfassungsunmittelbar abgesicherte Einnahmen. Diese richten sich nach dem nationalen BIP und sind damit keine irgendwie manipulierbaren Zuweisungen des Bundes, sondern verbindlich definierter Anteil am Nationalprodukt. Der Maßstab, nach dem sich dieser Anteil bemisst, ist im Grundgesetz eindeutig zu formulieren. Die Umsetzung müsste in bewährter Weise durch gleichzeitige Verabschiedung von maßstabgebender Grundgesetzänderung und Ausführungsgesetz, mit dem der Länderanteil konkret festgelegt wird, erfolgen. Änderungen dieses Anteils (d. h. des Ausführungsgesetzes) dürften nur mit Zustimmung des Bundesrates möglich sein, Änderungen des grundgesetzlichen Maßstabes bedürften einer Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat.

Der Vorwurf, der Wegfall der Zustimmungspflicht des Bundesrates bei Steuergesetzen mindere die Einflussmöglichkeiten in einem der wichtigsten Politikfelder, scheint allenfalls auf den ersten Blick berechtigt: Zum einen ist durch die Entkoppelung der Finanzausstattung der Länder von der Gestaltung des Steuerrechts sichergestellt, dass ihre Einnahmen von der Ausgestaltung des Steuerrechts nicht tangiert werden. Im Übrigen fällt nicht etwa die Mitwirkung des Bundesrates bei der Steuergesetzgebung weg. Auch derzeit besteht bei den Steuern, deren Aufkommen dem Bund allein zusteht, kein Zustimmungsrecht des Bundesrates (z. B. Mineralölsteuer). Der finanzpolitische, steuer- und wirtschaftspolitische Sachverstand und die diesbezüglichen Interessen der Länder fließen im Bundesratsverfahren weiterhin ein. Die Möglichkeit des Einspruchs (Art. 77 Abs. 3 GG) bleibt unberührt. Abschließend verhindern könnte der Bundesrat allerdings einen Gesetzesbeschluss im Bereich der bisherigen Gemeinschaftsteuern nicht mehr, wenn sich im Bundestag eine ausreichende Mehrheit für die Zurückweisung des Einspruchs findet. Dafür erhalten die Länder im Gegenzug aber einen adäquaten Ausgleich durch den beschriebenen verfassungsunmittelbaren Anteil am gesamtstaatlichen Steueraufkommen.

### Änderung der Artikel 105 bis 108 GG

Eine Umsetzung dieses Modells wäre meines Erachtens sinnvoll möglich zum Jahr 2020, in dem die derzeitigen

Regelungen des Länderfinanzausgleiches ohnehin auslaufen. Erforderlich wäre dazu eine Verfassungsänderung durch eine Modifikation der Grundgesetzartikel 105 bis 108 zur Finanzverfassung. So müsste es in Artikel 105, Abs. 1 heißen: „Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Zölle, die Finanzmonopole **und die übrigen Steuern mit Ausnahme der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern.**“ Der Anspruch der Länder auf einen festen Anteil am Inlandsprodukt würde in Artikel 106 (2) festgeschrieben. Insgesamt wären die notwendigen Verfassungsänderungen überschaubar.<sup>5</sup>

### Fazit: Einfach, transparent, nachvollziehbar

Es ist inzwischen ein Allgemeinplatz in der wissenschaftlichen Analyse und der politischen Diskussion, dass die Zurechnung politischer Entscheidungen zu den diese Entscheidungen treffenden Akteuren bzw. staatlichen Handlungsebenen im deutschen Föderalismus dem einzelnen Bürger nur eingeschränkt möglich ist. Im Bereich der Finanzpolitik kann konstatiert werden, dass im allgemeinen Bewusstsein die Verantwortung für die Steuerpolitik praktisch vollständig bei der Bundesebene gesehen wird. Die Finanzverteilung im Bundesstaat ist in ihrer heutigen Ausgestaltung und Funktionsweise schon aufgrund ihrer hohen Komplexität weder transparent noch nachvollziehbar. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass sich dieses ändert. Sie dürfen von ihrem Staat ein konsistentes Steuer- und Abgabensystem erwarten, eine aufgabenadäquate Finanzausstattung aller staatlichen Ebenen und ein funktionsfähiges politisches Entscheidungssystem.

Der größte Vorteil des vorgeschlagenen Modells ist, das es extrem einfach ist: Es gibt klare Kompetenzen des Bundes und der Länder, Resultate können besser zugeordnet werden. Die Länder haben eine verlässliche Finanzordnung. Das vorgestellte System beseitigt nahezu alle komplizierten und streitanfälligen Abläufe, die mit den heutigen Regelungen verbunden sind:

- die komplexe und aus dem Gesetzestext (GG, FAG) praktisch nicht mehr nachvollziehbare Umsatzsteuerverteilung,
- die gesonderte Verteilung der Einfuhrumsatzsteuer (einschließlich der Gegenrechnung des Bundes für Erstattungen aus den Veranlagungssteuern),
- die Zerlegung<sup>6</sup> von Lohnsteuer, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Feuerschutzsteuer; die Verteilung der Biersteuer,
- den Länderfinanzausgleich und die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen.

Das System bündelt die Kompetenzen zum Ertrag, zur Gesetzgebung und zur Verwaltung aller wesentlichen Steuern. Damit können Steuerpolitik, -verwaltung und -erhebung aus einer Hand erfolgen, gleichzeitig wird die Chance eröffnet, vielfach durch Kompromisse im Vermittlungsausschuss entstandene komplizierte Vorschriften künftig zu vermeiden und so die Rahmenbedingungen für die Schaffung eines einfacheren Steuerrechts zu verbessern.

Die Einnahmen der Länder werden wesentlich stetiger und damit besser planbar; gleichzeitig bietet sich den Ländern die Möglichkeit, mit Hilfe der Wettbewerbselemente in den Schlüsselgrößen einen größeren Einfluss auf ihre Einnahmen auszuüben als bisher.

Neben und über diese technischen und sachlichen Vorteile einer so ausgerichteten Neuordnung tritt für mich ein wesentlicher grundsätzlicher Aspekt: Wenn in einer derart zentralen Frage wie den Bund-Länder-Finanzbeziehungen keine klar zurechenbare politische Verantwortung besteht, so ist dies ein Beitrag zur Intransparenz staatlichen Handelns und tendenziell zur Politikverdrossenheit. Umgekehrt gilt: Ein Reformschritt hin zu einer deutlich vereinfachten Struktur mit klar definierten Verantwortungsbereichen wäre geeignet, diesen Tendenzen wirksam zu begegnen.

Die vorgeschlagene Reform ist einfach, transparent und nachvollziehbar. Bund und Länder könnten ihre jeweiligen Aufgaben in abschließender politischer und administrativer Verantwortung selbst regeln. Ihre Handlungsfähigkeit würde gestärkt. Darin läge ein erheblicher Fortschritt für das effiziente Funktionieren des demokratischen Bundesstaats und damit für die politische Kultur.

<sup>1</sup> Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und ausgeführte Fassung einer Vorlage für die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Kommissionsdrucksache 046).

<sup>2</sup> Steuereinnahmen und Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen, ohne Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>3</sup> Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Protokoll der öffentlichen Anhörung am 22. Juni 2007 (Kommissionsprotokoll 4), insb. S. 106f.

<sup>4</sup> Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 017, S. 16.

<sup>5</sup> Ausführlich siehe Kommissionsdrucksache 046 (a. a. O.), Anlage 4.

<sup>6</sup> Die Zerlegung soll Verzerrungen bei der Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen korrigieren. Die Zerlegungsverfahren sind sehr aufwändig und kompliziert, zum Teil nicht zeitnah, ungenau oder unvollständig (Kapitalertragsteuer).

## Abwanderung und familiäre Pflege

Thomas Liepke und Marcel Thum\*

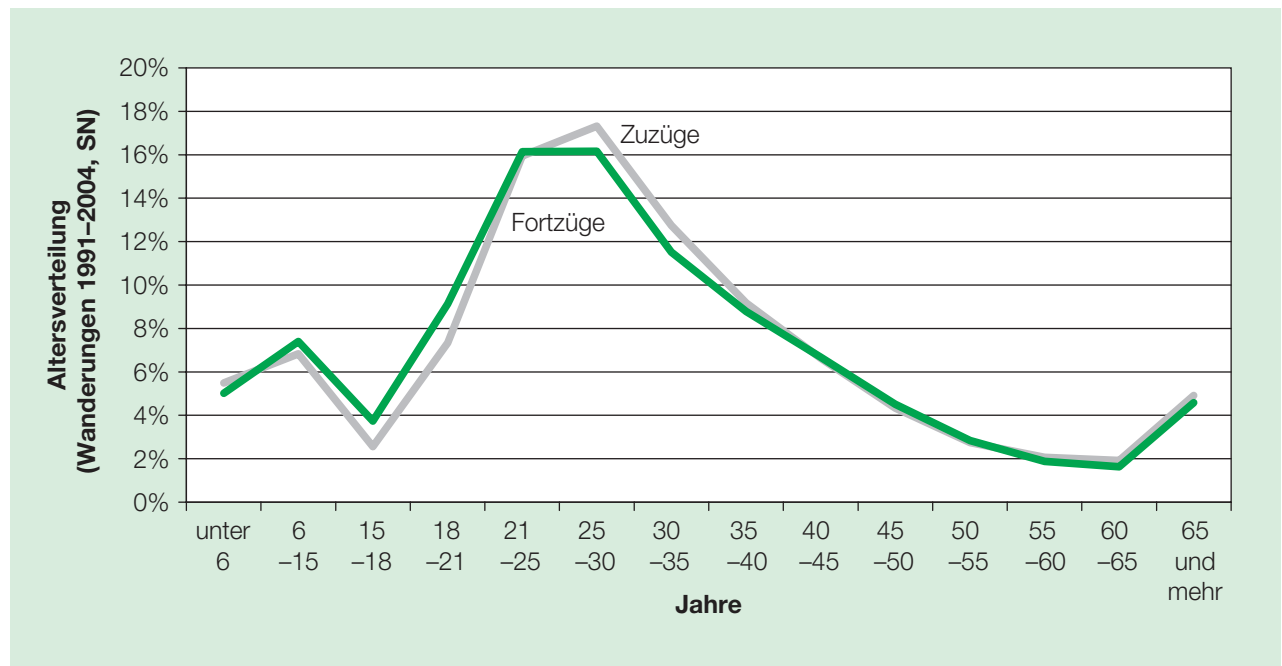
Nach Angaben des *Generations and Gender Surveys* wünschen sich mehr als 80 % der über 50-Jährigen in den neuen Ländern bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit eine Betreuung durch die eigenen Kinder. Dies ist keineswegs reines Wunschdenken, denn tatsächlich spielen die eigenen Kinder bei der Betreuung der Eltern im Alter eine wichtige Rolle. So werden gegenwärtig die Pflege und die Hilfe bei der Haushaltsführung zu über 90 % von Familienangehörigen geschultert [SCHULZ, LEIDL und KÖNIG (2001)]. Werden wir uns auch in Zukunft in diesem Umfang auf familiäre Leistungen verlassen können? Zumindest in den neuen Bundesländern ist dies zweifelhaft. Infolge der Abwanderung sind die räumlichen Distanzen zwischen Eltern und Kindern größer geworden, was die innerfamiliäre Betreuung erschweren dürfte. Der Beitrag versucht anhand des *Generations and Gender Survey* (GGS) abzuschätzen, wie sich die Entfernungen zwischen den Eltern- und Kindergenerationen in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickeln werden.

Nach der Wiedervereinigung hatten die neuen Bundesländer unter einer starken Abwanderung der Bevölkerung zu leiden. So verließen im Zeitraum von 1989 bis 2002 ca. 2,77 Mill. Personen die ostdeutschen Flächenländer, was selbst unter Beachtung der West-Ost-Migration eine Nettoabwanderung von ca. 7,5 % der ur-

sprünglichen Bevölkerung bedeutete [WOLFF (2006)]. Dabei ist es insbesondere die jüngere Bevölkerung, die wandert (vgl. Abb. 1 für die Altersverteilung der sächsischen Migration). So finden rund 50 % der Wanderungsbewegungen im Alter zwischen 20 und Mitte 30 statt. Die Kinder der heute über 70-Jährigen, also der Generation mit dem höchsten Pflegebedarf, hatten zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung dieses migrationsaktive Alter meistens bereits überschritten. Momentan stehen daher in den neuen Ländern noch relativ viele Kinder für die Betreuung ihrer betagten Eltern zur Verfügung. Bei der nächsten Seniorengeneration könnte sich dieses Bild aber ändern, denn es waren gerade deren Kinder, die seit 1989 die neuen Länder verlassen haben. Daraus könnten sich für die neuen Länder in naher Zukunft weit reichende Konsequenzen bei den benötigten Pflegekapazitäten außerhalb der Familie ergeben.

\* Prof. Dr. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Thomas Liepke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft der Fakultät Wirtschaftswissenschaften an der TU Dresden.

Abbildung 1: Altersverteilung der Wanderungen



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.



## Datenmaterial

Die Untersuchung basiert auf Daten des *Generations and Gender Survey* des BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BiB). Diese Bevölkerungsumfrage wurde zwischen Februar und Mai 2005 durchgeführt und soll im Abstand von drei Jahren mindestens noch zweimal wiederholt werden, um dem angedachten Panel-design gerecht zu werden. Befragt wurden Frauen und Männer im Alter von 18 bis 79 Jahren, wobei für die alten Bundesländer 7.760 und für die neuen Bundesländer 2.257 auswertbare Interviews vorliegen. Für eine genauere Beschreibung des GGS sei auf die umfangreichen Ausführungen in RUCKDESCHEL et al. (2006) verwiesen.

Der Survey enthält neben den Angaben zu Geburtsjahr und derzeitigem Wohnsitz auch Fragen nach der zeitlichen Entfernung zu den Wohnungen bzw. Häusern der Kinder. Insgesamt konnten 758 Interviewte aus den neuen und 2.193 Interviewte aus den alten Bundesländern Angaben zu dieser Frage für mindestens ein Kind machen. Personen aus den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wurden vereinfachend aus der Untersuchung ausgeklammert, weil in den Stadtstaaten die Chancen auf einen Verbleib der Kinder am Ort höher sein dürften als in den Flächenländern. Allerdings ändert sich

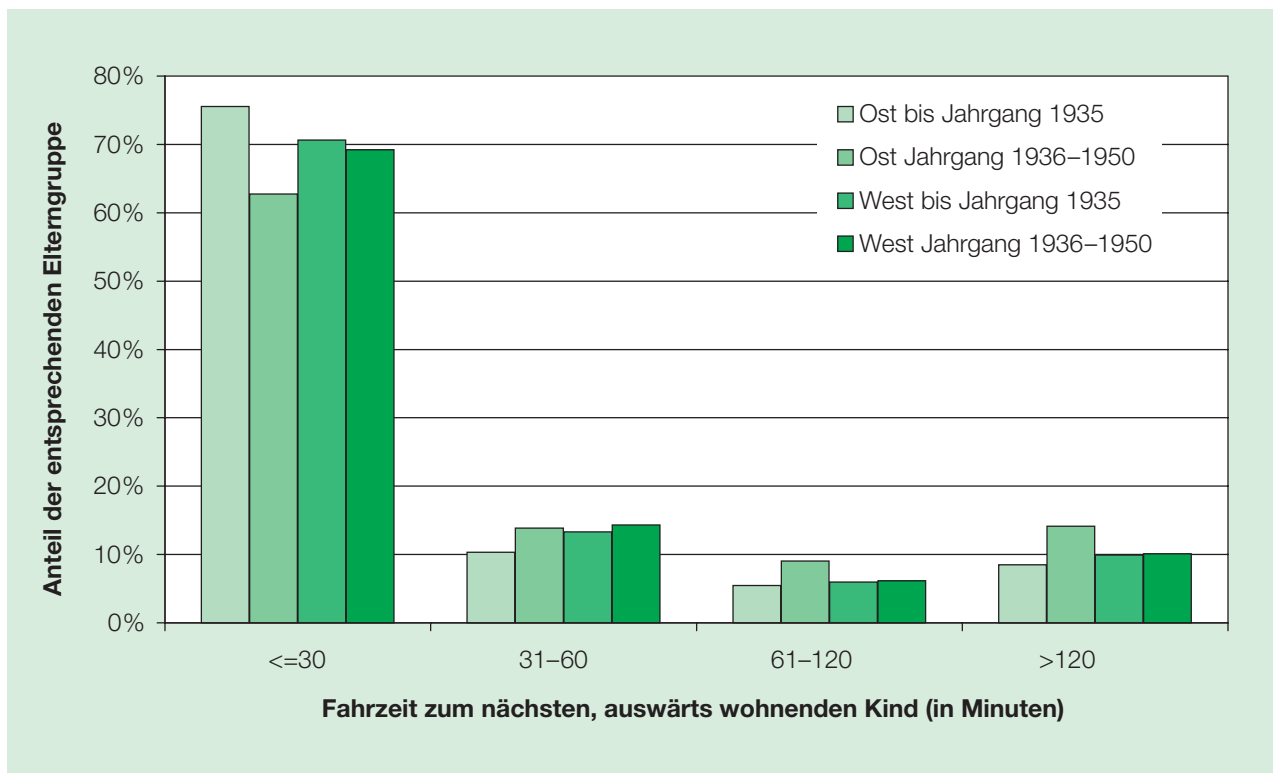
am grundsätzlichen Ergebnis auch dann nichts, wenn die Stadtstaaten mit berücksichtigt würden.

## Vorgehensweise

Für die Analyse wurden die Interviewten in zwei Altersgruppen eingeteilt. Die erste Altersgruppe umfasst alle Personen bis zum Geburtsjahrgang 1935. Diese Personen hatten spätestens im Befragungsjahr 2005 das 70. Lebensjahr überschritten und in etwa ab diesem Alter steigt das Risiko von Pflegebedürftigkeit merklich an [SCHULZ, LEIDL und KÖNIG (2001)]. Die zweite Altersgruppe umfasst alle Personen mit Geburtsjahr zwischen 1936 und einschließlich 1950, da diese Personengruppe bis zum Jahr 2020 und damit in naher Zukunft das 70. Lebensjahr überschreiten wird.

Da die Frage nach der zeitlichen Entfernung zu auswärts lebenden Kindern im GGS für bis zu 10 Kinder erfasst wird, wurde jeweils das am nächsten wohnende Kind ermittelt. Dabei wird unterstellt, dass die Chance auf die Übernahme von Pflegeaufgaben im elterlichen Haushalt bei weiter entfernt lebenden Kindern wesentlich geringer ist als bei den nahe wohnenden Kindern. Die Einteilung der Fahrzeitangaben erfolgt in vier Kategorien (bis 30 Minuten, 31–60 Minuten, 61–120 Minuten, mehr

**Abbildung 2: Entfernungen zwischen Eltern und Kindern**



Quelle: *Generations and Gender Survey*.

als 120 Minuten). Für die Übernahme von Pflegeleistungen ist vor allem interessant, ob der Interviewte ein Kind innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit und damit in relativer Nähe hat oder nicht.

## Ergebnisse

Die Mehrheit der erfassten Eltern hat ein Kind in einem relativ nahen Umfeld (vgl. Abb. 2). Es gibt jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Elterngenerationen in Ost- und Westdeutschland. 75,6 % der vor dem Jahr 1936 geborenen Befragten aus den neuen Bundesländern hatten (mindestens) ein Kind im Umkreis von 30 Minuten, während deren Anteil in Westdeutschland nur 70,7 % betrug. Interessant ist der zu beobachtende Abfall des Anteils von 75,6 % auf nur noch 62,8 % für Ostdeutschland, wenn die Personen betrachtet werden, welche zwischen 1936 und 1950 geboren wurden. Zwar ist auch in Westdeutschland eine Reduzierung von 70,7 % auf 69,3 % beobachtbar, jedoch ist der Rückgang hier nur minimal.

Die ältere Elterngeneration, d. h. die Geburtsjahrgänge 1935 oder früher, sind viel weniger von der Abwanderung ihrer Kinder im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung betroffen als die jüngere Elterngeneration (Jahrgänge 1936 bis 1950). Im Vergleich zu den westlichen Bundesländern hat die ältere Generation sogar häufiger Kinder in unmittelbarer Nähe.<sup>1</sup> Für die Jahrgänge

1936 bis 1950 werden sich die Verhältnisse in Ostdeutschland deutlich verändern, während in den westlichen Bundesländern kaum Verschiebungen eintreten. In den neuen Bundesländern dürfte in naher Zukunft ein wesentlich höheres Risiko bestehen, dass ältere Menschen nicht mehr von in der Nähe wohnenden, eigenen Kindern gepflegt bzw. persönlich unterstützt werden können.

## Literatur

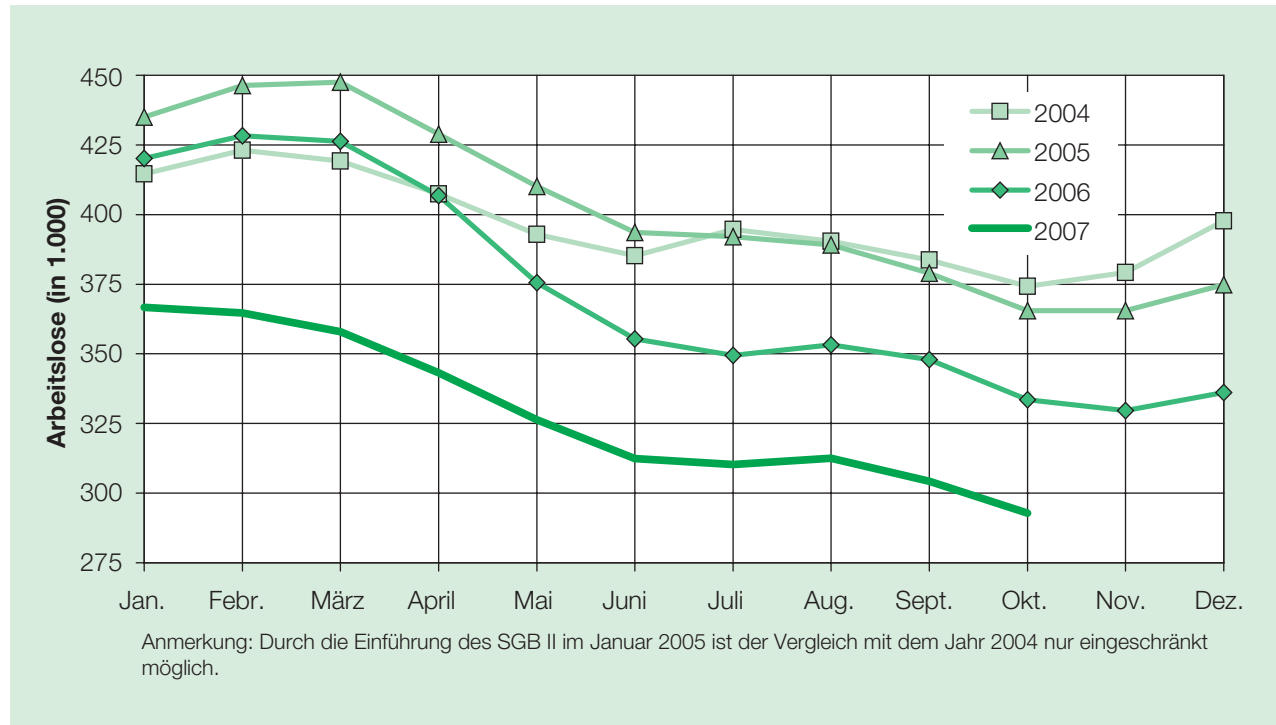
- RUCKDESCHEL, K., A. ETTÉ, G. HULLEN und I. LEVEN (2006): Generations and Gender Survey – Dokumentation der ersten Welle der Hauptbefragung in Deutschland, BIB Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 2006, Heft 121.
- SCHULZ, E., R. LEIDL und H.-H. KÖNIG (2001): Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Zahl der Pflegefälle – Vorausschätzung bis 2020 mit Ausblick auf 2050, DIW Diskussionspapiere Nr. 240.
- WOLFF S. (2006): Migration und ihre Determinanten im ost-westdeutschen Kontext nach der Wiedervereinigung: Ein Literaturüberblick, Volkswirtschaftliches Seminar Universität Göttingen, Beitrag Nr. 130.

<sup>1</sup> Allerdings ist die Kinderlosigkeit in den alten Bundesländern höher. Die Auswirkungen auf den Pflegebedarf, die sich aus Unterschieden in der Kinderlosigkeit ergeben, werden hier jedoch nicht betrachtet.

# Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

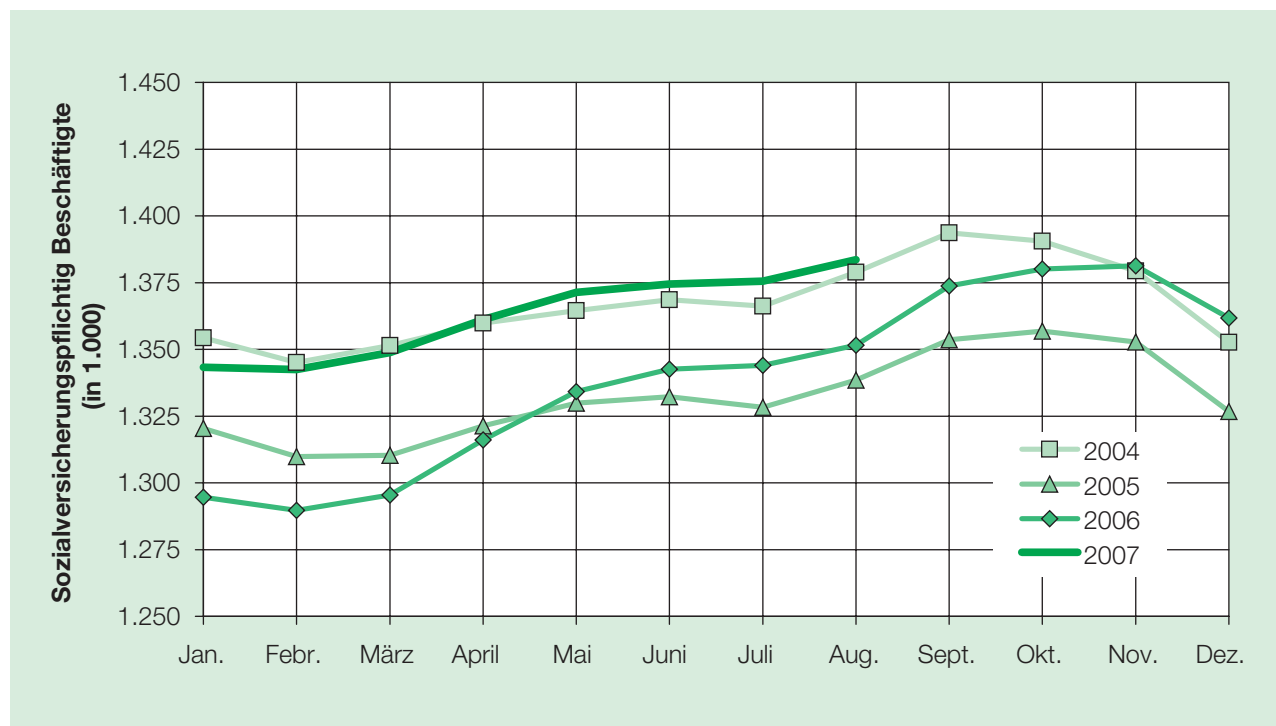
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2004 bis 2007)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2004 bis 2007)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>a</sup>			Gemeldete Stellen <sup>b</sup>			Direkte Förderung regulärer Beschäftigung <sup>c</sup>		
	Aug. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	732	726	713	6,8	7,0	7,8	18,8	19,0	23,2
Mecklenburg-Vorp.	517	513	506	7,7	7,9	7,3	11,7	11,8	13,9
Sachsen	1.384	1.376	1.352	18,1	18,9	19,1	32,7	33,6	41,5
Sachsen-Anhalt	740	733	730	7,7	8,4	9,8	16,2	16,6	19,1
Thüringen	732	726	719	9,5	9,8	8,9	17,8	18,3	19,8
D Ost (mit Berlin)	5.162	5.124	5.048	60,6	63,5	66,9	116,0	118,2	139,9
D West (ohne Berlin)	22.007	21.753	21.532	361,7	376,3	347,8	210,6	214,5	239,3
D gesamt	27.170	26.877	26.580	422,3	439,9	414,8	326,6	332,7	379,2

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote <sup>d</sup> (in %)			Langzeitarbeitslose <sup>e</sup> (in % der Arbeitslosen)		
	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2007	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	181	186	207	14,9	15,3	17,3	44,0	43,1	43,3
Mecklenburg-Vorp.	128	131	152	15,8	16,2	19,0	36,7	36,5	38,0
Sachsen	293	304	334	14,9	15,4	17,0	44,6	43,2	44,3
Sachsen-Anhalt	185	190	209	15,9	16,4	18,0	44,0	43,3	43,1
Thüringen	141	146	167	12,7	13,2	15,2	43,0	41,8	43,6
D Ost (mit Berlin)	1.169	1.209	1.346	15,1	15,7	17,5	42,1	41,2	42,9
D West (ohne Berlin)	2.265	2.334	2.738	7,6	7,9	9,2	40,0	39,2	44,2
D gesamt	3.434	3.543	4.084	9,2	9,5	10,9	40,7	39,9	43,8

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dies beinhaltet: Gründungszuschuss, Eingliederungszuschüsse, Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation), Entgeltsicherung für Ältere, Arbeitsentgeltzuschuss, SAM (OfW), Beschäftigungshilfen, Einstellungszuschuss für Neugründungen, Überbrückungsgeld für Selbständige, Existenzgründerzuschuss (Ich-AG). – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

# Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

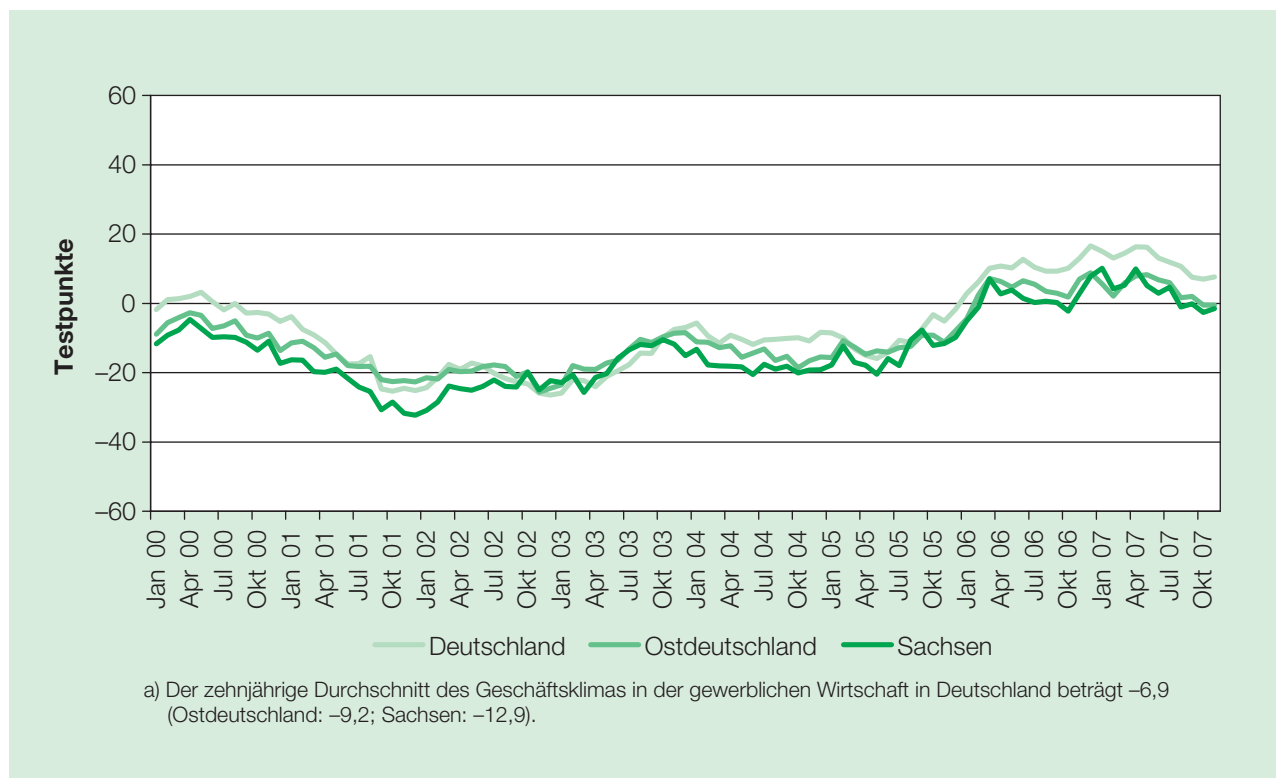
Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE). Es berechnet sich formal aus der Beziehung:  $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$ . Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

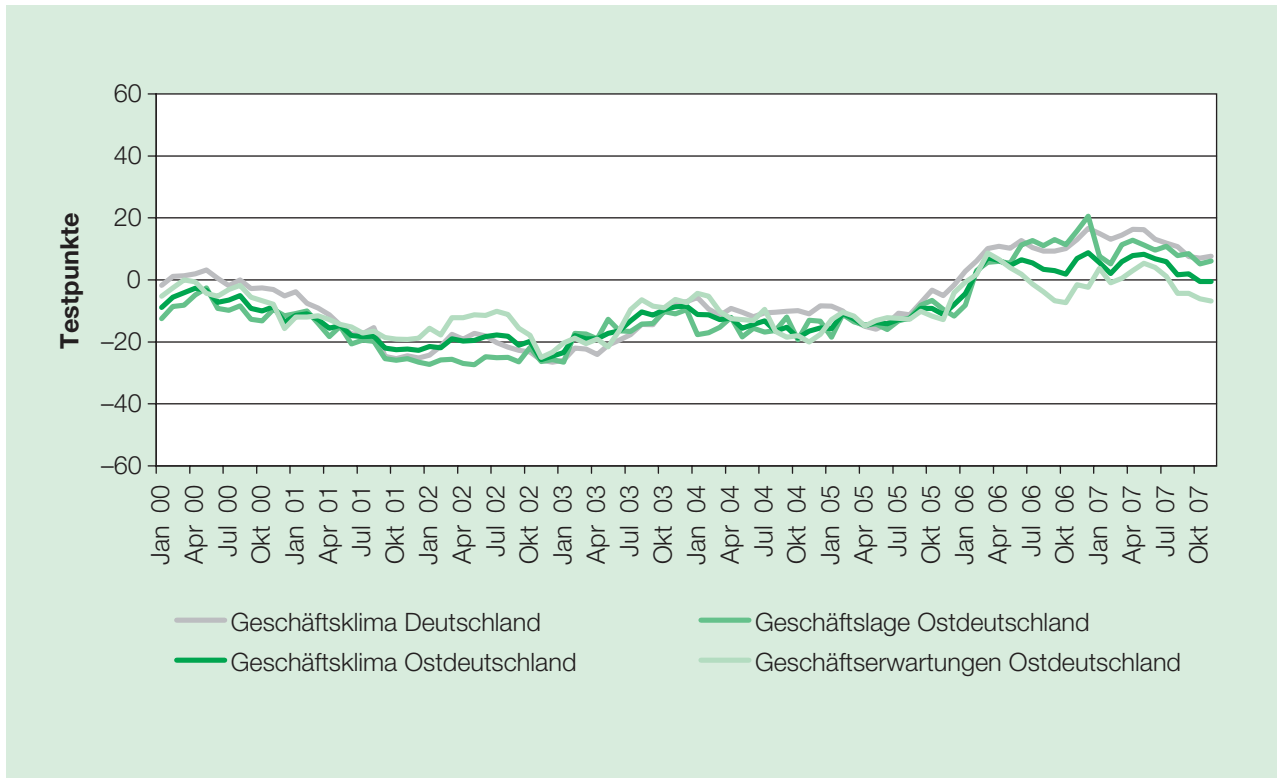
Das Geschäftsklima basiert auf zirka 7.000 Unternehmensmeldungen. Die Anzahl der ostdeutschen (bzw. sächsischen) Konjunkturtest-Teilnehmer beträgt rund 1.400 (bzw. 600).

**Abbildung 1: Geschäftsklima<sup>a</sup>**  
**Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen**

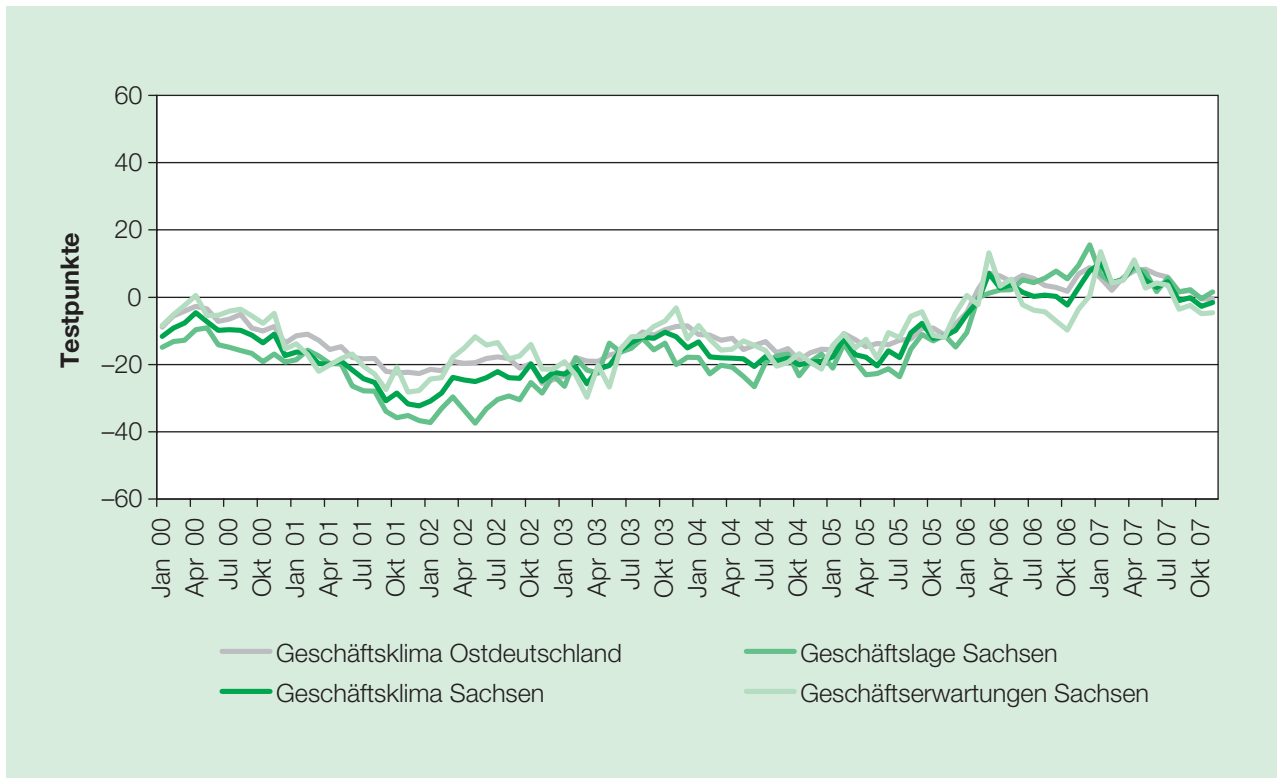


Quelle: ifo Konjunkturtest.

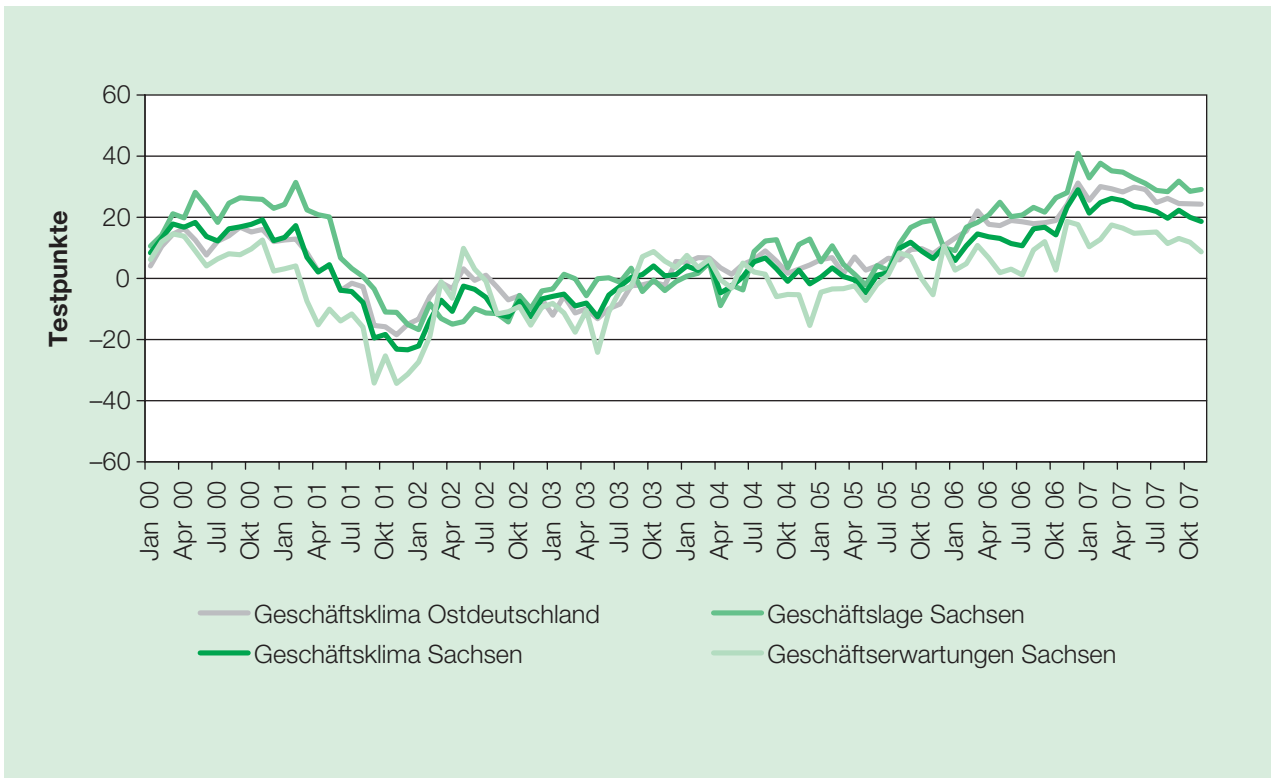
**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen  
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen  
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**

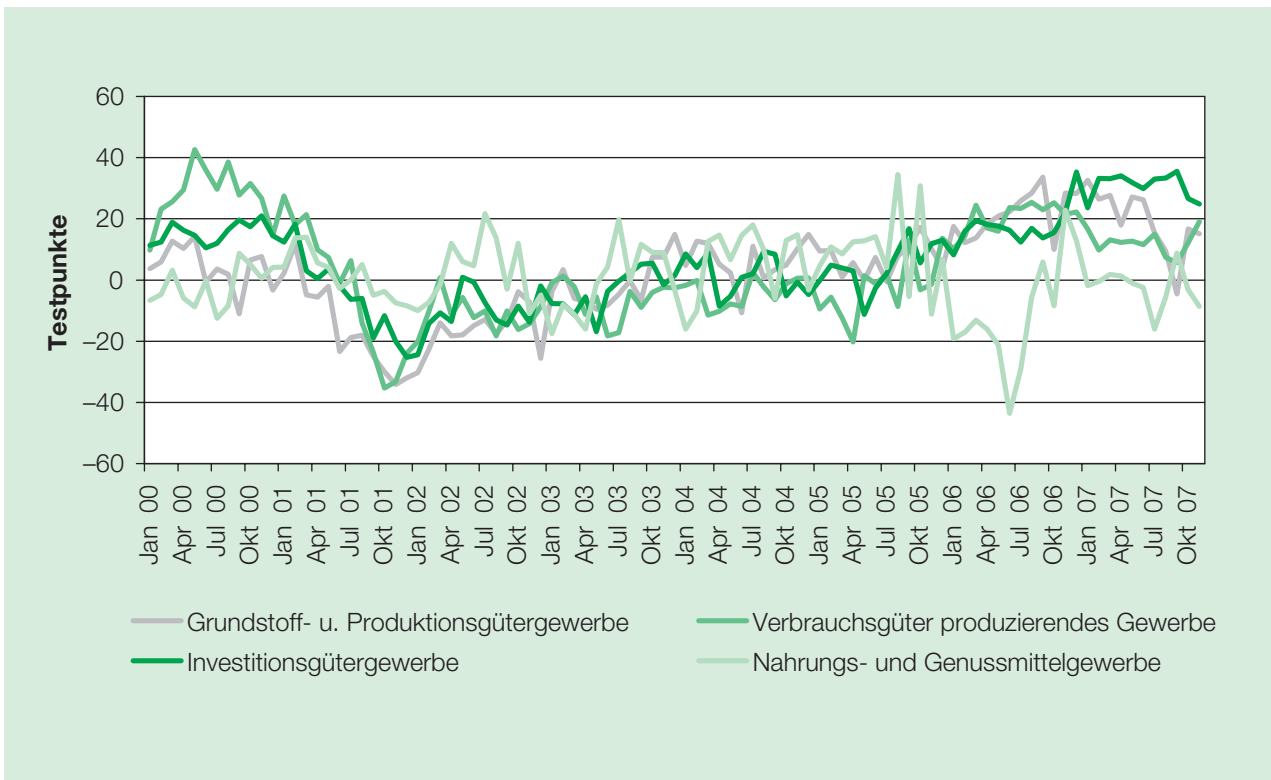


**Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen**  
**Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)**



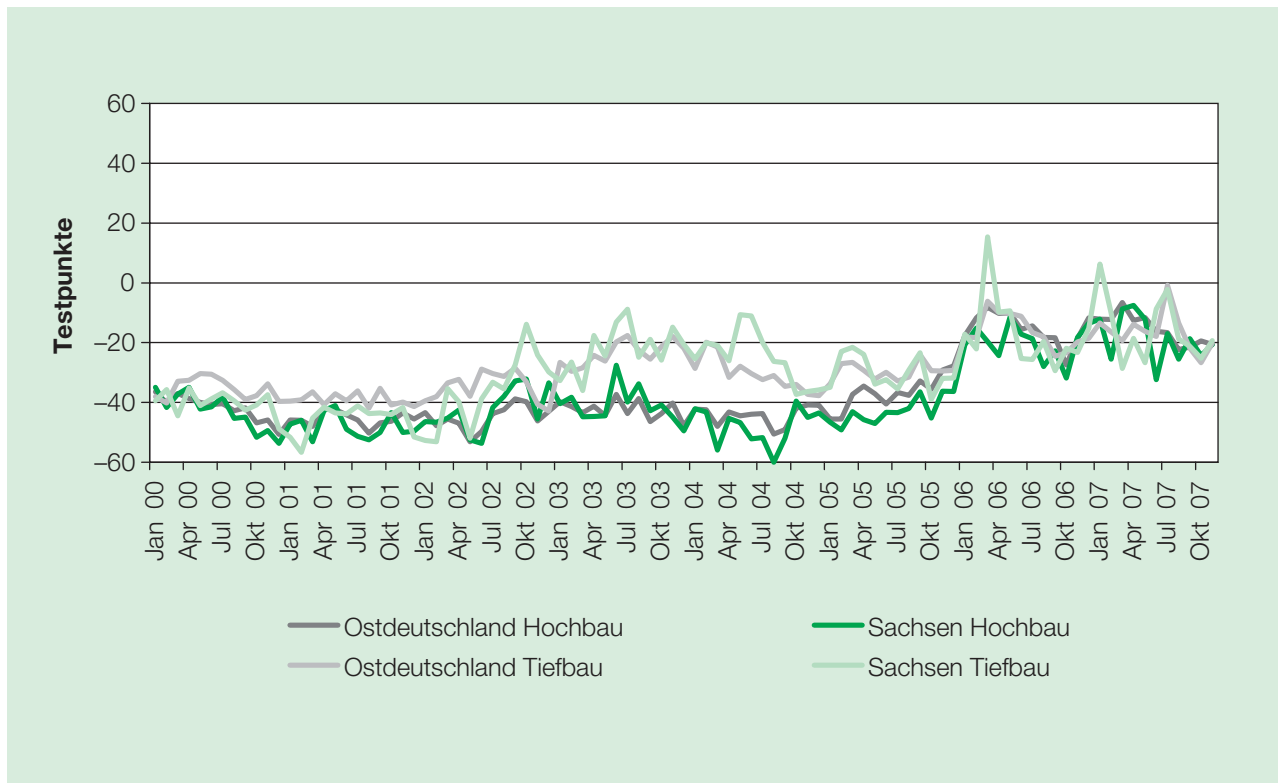
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 5: Geschäftsklima**  
**Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen**



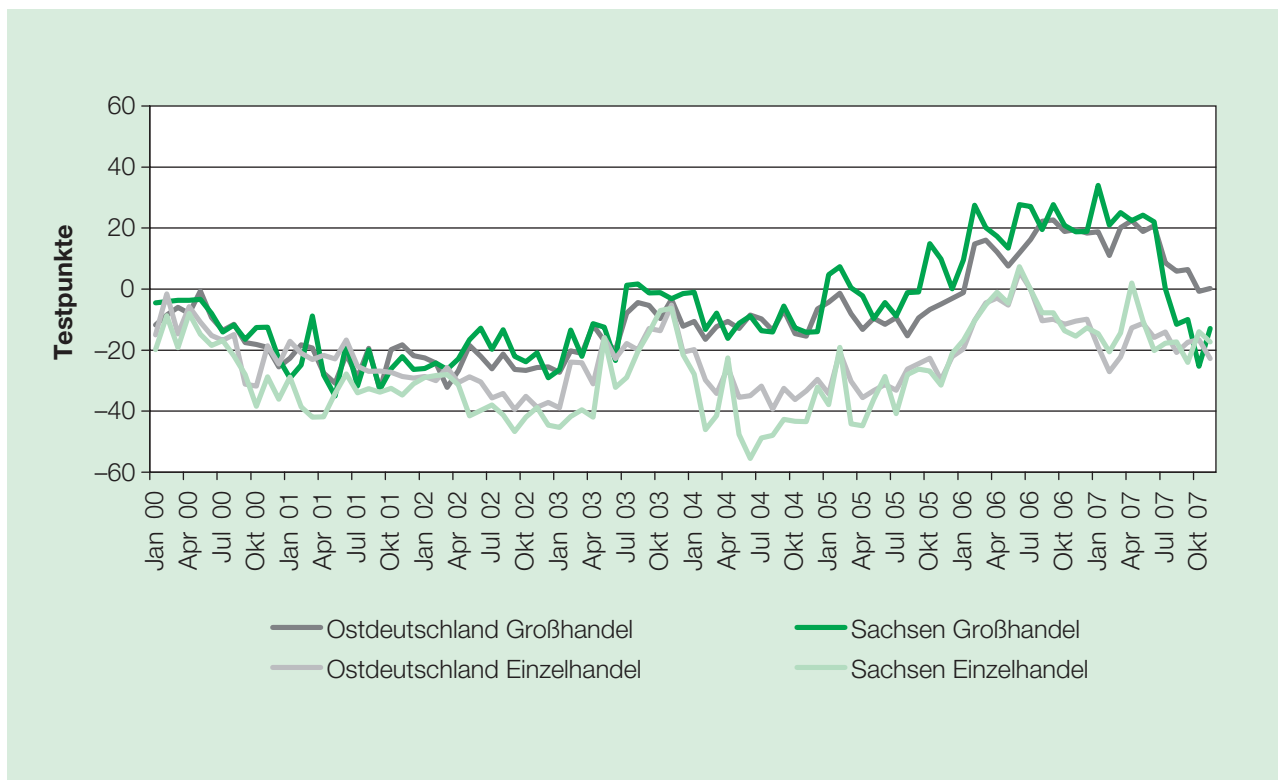
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima  
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima  
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.



## ifo Veranstaltungen

In den Räumen der ifo Niederlassung Dresden fand am **26. und 27. Oktober 2007** ein **Workshop** zum Thema **„Standards and Conflict Resultion“** statt. Er stellte ein gemeinsames Projekt des CENTRE OF CONFLICT RESOLUTION (CCR) der Universität Hamburg, der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden und der EUROPEAN ACADEMY OF STANDARDIZATION (EURAS) dar.

Ein zweitägiger **ifo Workshop** zum Thema **„Makroökonomik und Konjunktur“** wurde am **22. und 23. November 2007** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden abgehalten. Die Veranstaltung wurde gemeinsam organisiert von der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg. Der Fokus der Vorträge war auf die Bereiche Konjunkturforschung und empirische Forschungsarbeiten sowie auf den regionalen Schwerpunkt Deutschland und Europa gerichtet. Zentrales Anliegen war der Austausch und die Diskussion aktueller Forschungsergebnisse sowie die verbesserte Vernetzung der Konjunkturforschung in Deutschland.

Am **30. November und 01. Dezember 2007** fand ebenfalls in der ifo Niederlassung Dresden ein **ifo Workshop** zum Thema **„Political Economy“** statt. Der Workshop wurde gemeinsam von der ifo Niederlassung Dresden und der Technischen Universität Dresden veranstaltet. Der zweitägige Workshop bot ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich der politischen Ökonomie.

Die nächste Veranstaltung im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **12. Dezember 2007** geplant. Gastredner werden Karl-Heinz Minks und Gregor Fabian vom HIS HOCHSCHUL-INFORMATION-SYSTEM Hannover sein, die einen Vortrag zum Thema **„Wanderungsbilanz von Hochschulabsolventen“** halten werden.

Im Vortrag geht es um die Frage, an welchem Ort Hochschulabsolventen nach Abschluss ihres Studiums in das

Erwerbsleben starten. Der ausgewertete Datensatz erlaubt dabei eine Differenzierung nach verschiedenen Merkmalen (Fächer und Abschlüsse, Studienleistungen, Beschäftigungsperspektiven, Geschlecht usw.). Darüber hinaus wird diskutiert, ob die Absolventen in ihre ursprüngliche Heimatregion zurückkehren oder sich eher an bestehenden Arbeitsmarktchancen orientieren. Die präsentierten Forschungsergebnisse sind finanzpolitisch wegen einer „nutzeradäquaten“ Finanzierung der Hochschulausbildung von großer Relevanz.

Ein weiterer Beitrag in der Reihe der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **30. Januar 2008** vorgesehen. Dann wird Frank Löschmann, Geschäftsführer von VOLKSWAGEN SACHSEN, einen Vortrag zu Entwicklung und Perspektiven des Automobilbaus in Deutschland und Sachsen halten.

Die Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** will einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bietet, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Vorträge sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Vom **23. bis 25. Januar 2008** findet im Bildungszentrum Schloss Wendgräben eine **Tagung** zum Thema **„Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern“** statt, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung veranstaltet wird.

Nähere Informationen erhalten Sie im Tagungsbüro:

Brigitte Mansfeld

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bildungszentrum Schloss Wendgräben

Tel. 039245/952-360

Fax 039245/952-223

e-Mail: [brigitte.mansfeld@kas.de](mailto:brigitte.mansfeld@kas.de)

## ifo Vorträge

Am **29. Oktober 2007** stellte Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, seine aktuellen Forschungsergebnisse zum Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge bei schrumpfender Bevölkerung“ im Rahmen der Ringvorlesung „Rückbau Ost – Chancen und Herausforderungen“ an der TU Dresden vor.

Im Rahmen der „Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel“ referierte Dr. Joachim Ragnitz am **05. November 2007** in Dresden zum Thema „Wirtschaftliche Implikationen des demographischen Wandels“.

Ebenfalls Dr. Joachim Ragnitz sprach am **06. November 2007** anlässlich einer Sitzung des BDI-Arbeitskreises Aufbau Ost in Dresden über den „Wirtschaftsstandort Ostdeutschland“.

Einen Vortrag zum Thema „Warum ist die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen höher als die westdeutscher Frauen?“ hielt Beate Grundig, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, auf der 5. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus“ am **15./16. November 2007** in Mannheim.

Anlässlich des Internationalen Symposiums „30 Years Reform in China – Retrospects and Prospects“ am **18. November 2007** in Haikou (China) referierte Dr. Joachim Ragnitz zum Thema „Regional Disparities and Measures

to Cope with them – Experiences from European Union“. Im Rahmen dieses Forschungsaufenthalts stellte Herr Ragnitz sein Referat am **20. November 2007** auch an der Akademie für Sozialwissenschaften der Stadt Chongqing, Chongqing (China) vor.

Am **22. November 2007** referierte Gerit Vogt, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ifo Dresden, im Rahmen des Workshops „Makroökonomik und Konjunktur“ in der ifo Niederlassung Dresden zum Thema „Kurzfristige Wachstumseffekte von Naturkatastrophen. Eine empirische Analyse der Flutkatastrophe vom August 2002 in Sachsen“. Das dem Vortrag zugrunde liegende Papier ist in der Reihe „ifo Working Paper“ mit der Nummer 52 erschienen und kann über die Internetseiten des ifo Instituts bezogen werden.

Im Rahmen des Workshops „Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschland“ des DGB am **27. November 2007** in Sonneck sprach Dr. Joachim Ragnitz zum Thema „Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ostdeutschland im Zusammenhang mit der Föderalismusreform II“.

Am **04. Dezember 2007** hielt Heinz Schmalholz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, einen Vortrag zum Thema „Unternehmensnachfolge im sächsischen Mittelstand“ beim Wirtschaftstreffen des Landkreises Chemnitzer Land in Waldenburg.

## ifo intern

Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, wurde als Mitglied in das Zentrum für internationale Wirtschaftsbeziehungen (ZIW) an der Universität Leipzig berufen. Das ZIW dient der Förderung der interdisziplinären Forschung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas im Rahmen des Europäischen Integrationsprozesses und der Globalisierung. Mit der Berufung von Herrn Ragnitz an das ZIW verbindet sich die Erwartung einer stärkeren Kooperation zwischen dem ZIW und dem ifo Dresden, beispielsweise im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte.

Weiterhin nahm Dr. Joachim Ragnitz an einer Expertenberatung im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit zum Thema „Einführung von revolvie-

renden Fonds“ teil, bei der es um Reformmöglichkeiten der Wirtschaftsförderung in Sachsen ging.

Dr. Joachim Ragnitz hat überdies an einer Strategiesitzung der Sächsischen Staatskanzlei zum Thema „Sachsen 2020“ teilgenommen, bei der Szenarien für die Zukunftsentwicklung des Freistaats Sachsen diskutiert wurden.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts zusammen mit der OECD hat Dr. Joachim Ragnitz darüber hinaus an der Erstellung eines Arbeitspapiers zur Stärkung des Unternehmertums in Ostdeutschland mitgearbeitet. Die Ergebnisse dieses Kooperationsprojekts wurden am 27. November 2007 im Rahmen einer vom BMVBS zusammen mit der OECD veranstalteten Konferenz in Berlin vorgestellt.